

# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages, Samstag, Sonntag, Landmanns Sonntagsblatt und „Militärisches Unterhaltungsblatt.“ — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,15 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,25 M., in den Landorten 1,30 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streich usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenweise, oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenweise 40 Pfg., Anzeigengebühren 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für wichtige Werbungen unendlich geschrieben oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Anzeigengebühren: 10.— M. das Laubend, zusätzlich Postgebühren. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 115

Donnerstag, den 29. September 1932

34. Jahrg.

## Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 29. Sept., abends 8 Uhr, im Ratssaal Tagesordnung:

1. Verteilung und Genehmigung der letzten Niederdrift,
2. Vortrag des Herrn Dr. Wüthner vom Arbeitsamt Wittenberg über den freiwilligen Arbeitsdienst,
3. Einführung einer Flakfeuer,
4. Zuteilung der Grundstücke an die Grundbesitzer,
5. Ankauf eines Grundstücks,
6. Aenderungsvertrag an den Provinzialverband für Schiffs-erweiterung,
7. Kennisnahmen,
8. Dringlichkeitsanträge.

**Erkennbefugte haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einzahlung, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einzahlungen sind ungültig.**  
Kemberg, den 26. September 1932.

### Der Stadtverordnetenvorsteher.

142] Die Stelle des

## Nachwächters

der Stadt Kemberg ist baldigst zu besetzen.  
Schriftliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an den

Magistrat.

## Hilfe für die Landwirtschaft

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherr von Braun, hielt auf der Vollversammlung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München eine Rede, in der er erklärte:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung enthält nur wenige Maßnahmen, die die Landwirtschaft unmittelbar betreffen. Es soll der industriellen Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden, die in der Landwirtschaft eine feindliche Beziehung bis ins Mark getroffen hat. Diese industrielle Arbeitslosigkeit spiegelt sich wieder in mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung und ungenügender Absatz landwirtschaftlicher Produkte.

### Die mangelnde Kaufkraft

Die Landwirtschaft weiß, daß das Arbeitslosenproblem der Städte in eminenten Maße auch ein agrarisches Problem ist.

Es ist leicht zahlenmäßig nachzuweisen, wie stark der Konsum an Milch, Butter und Eier, an Fleisch und Gemüse, infolge dieser mangelnden Kaufkraft zurückgegangen ist. Inwieweit darf man also die Wirkungen des genannten Wirtschaftsprogramms auf die Landwirtschaft nicht unterschätzen; aber allein mit Erhöhung der Kaufkraft des Städters ist die Not der Bauern nicht zu bannen.

Das Abfinden unserer Bevölkerungswirtschaft ist nicht zuletzt eine Folge der einseitig auf Förderung der Exportindustrie bedachten Handelspolitik der Nachkriegszeit, die zwecks Steigerung der deutschen Ausfuhr Zugelandnisse anderer Länder auf industriellen Gebiet dadurch erreichte, daß von uns zahlreiche Verabreichungen landwirtschaftlicher Güter bewilligt wurden.

Die Ueberflutung des inländischen Marktes mit ausländischen Agrarprodukten war die Folge.

### Vermeidung des Zusammenbruchs

Heute steht der Jäger für Vieh auf 68 Prozent des Friedenspreises, der Jäger der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel mit Ausnahme der Düngemittel dagegen auf 1,10 der Friedenspreisen, auf 1,15 der Soziallöhne auf 300 Prozent der Vorkriegszeit. Das sind Zustände, die zum völligen Zusammenbruch des bei weitem größten Zweiges der Landwirtschaft, unweigerlich führen müssen.

Nun gibt es ja immer noch Fanatiker, die glauben man könne das deutsche Volk auf die Dauer allein aus den Export erhalten und billige Nahrungsmittel einführen. Ganz abgesehen davon, daß sich die Bedeutung des langbelebten Bauern für den Staat nicht einschneide, fürchte ich, wird man auch sonst unrecht behaupten, denn die Ernährung hat heute, daß wir den Export nicht in der Hand haben.

Der Rückgang der Exportwerte von 1929 auf 1932 von 14,5 auf 6,5 Milliarden Mark spricht eine klare und eindeutige Sprache.

Die Reichsregierung ist entschlossen, zum Schutze einheimischer Produktion die Uebererhebungen vom Ausland deren wir mit Zinsen nicht herr werden können, von unseren Grenzen fernzuhalten, und hat beschlossen, die Einfuhr wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontingentieren.

Verschiedene Sorten Bohnen, Tomaten, Zwiebeln, Schnittkummen, Tafeltrauben, die wichtigsten Sorten Obst, Nadelholzwald und Dörrfleisch, Schmalz, Speck und

Schmalz, Butter (vorbehaltlich der besonderen Verhandlungen mit einzelnen Ländern), Käse, Karpen, Erbsen, Reis, Weizen.

### Grad der Kontingentierung

Die Reichsregierung hat für diese Erzeugnisse bereits bestimmte Kontingentsätze festgelegt. Vor deren Veröffentlichung ist sie mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage mit den beteiligten Ländern in Verbindung getreten.

Es geht nicht um das B. des Genieße — wie aus in zahlreichen Fällen vorkommen ist — von unseren Bauernbauern auf den Kontingentsätzen geworden werden mußte, weil Auslandsware den Markt derart überflutet, daß die Produkte unverkäuflich bleiben; es geht nicht an, daß die Einfuhr Tausender von Hektar jede Anzucht unzulässig macht und damit auf längere Sicht den höchsten finanziellen Schäden ausgesetzt. Ich gebe bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren Nachbarländern gelingen möge, durch Beschränkung ihrer Erzeugung das Gleichgewicht ihrer Wirtschaft wiederzufinden. Im Lande mit der größten Weinanbaufläche noch ein spezielles

### Wort zum Weinbau.

Seine Lage ist infolge der gestiegenen Kaufkraft der Bevölkerung verzwiefelt. Auch eine Kontingentierung hätte derzeit nicht geholfen. Die Reichsregierung will aber den Weizenland durch eine großzügige Erntefinanzierung und eine den Belangen des Weinbauers Rechnung tragende Restitutionspolitik der alten vom Reich gegebene Weinrestitutionsstellen.

### Druck der Zinsen

Von der Seite der Preise allein ist der Landwirt jedoch nicht zu helfen. Vor allem sind es die Zinsen, die dem Landwirt ein nicht mehr tragbares Joch anfertigen.

Die deutsche Landwirtschaft hat in jedem der letzten drei Jahre 1,2 Milliarden Mark zugezahlt; 60 Prozent des Kleinbetrages, 70 Prozent des Mittelbetrages, 80 Prozent des Großbetrages haben ihre Zinsen nicht mehr aus ihren Betriebsüberschüssen sondern aus der Substanz bezahlt.

Die Reichsregierung hat sich daher auf dem Gebiet der Hypothekenzinsen zu folgendem Besatz entschlossen:

### Erste Erleichterung

Die von den Landwirten für langfristige Hypotheken in den nächsten beiden Jahren zu tragende Zinslast wird um 2 Prozent, jedoch nicht unter 4 Prozent — auf das Jahr gerechnet — erlassen.

Der Landwirt hat diese 2 mal 2, also insgesamt 4 Prozent, die er in den beiden nächsten Jahren nicht zu zahlen braucht, bei den Tilgungshypotheken erst am Schluß der Tilgungsperiode zu entrichten, ohne daß Zins und Zinseszins dafür berechnet wird. Auch bei den Hypotheken, die einer Tilgung unterliegen, soll der fallende Zinsfuß von 2 mal 2 = 4 Prozent bei der Rückzahlung des Darlehens geglichen werden, jedoch in voller Höhe nur dann, wenn die Rückzahlung nach etwa 8 Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung des Hypothekendarlehens ermöglicht sich der nachträgliche zu entrichtende Zinsbetrag nach einer vorgegebenen Ermäßigung. Die Zinsen für die Wandelhypotheken durch die Abhebung des Zinsfußes der landwirtschaftlichen Hypotheken keine Kränkung, denn das Reich wird denjenigen Instituten, bei denen die landwirtschaftlichen Hypotheken mehr als 10 Prozent ihrer Darlehensmasse bilden, Gelegenheit geben, sich durch die Zinsstützung einträglichen Ausfall an Zinsausgängen zu finanzieren.

Die Zinsentlastung erfolgt aber nicht nur beim Real-, sondern auch beim Personalkredit.

Sie ist durch die soeben erfolgte Gewinnung des Reichsbanknotensatzes von 5 auf 2 Prozent in die Wege geleitet. Im die notwendigen Voraussetzungen zum Abbau der überhöhten Zinszuschläge im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen zu schaffen, hat die Reichsregierung beschlossen, sich in der Vereinigung des Abfertigungsbedarfs bei den Genossenschaften, der infolge des wirtschaftlichen Rückganges mitanden ist, ausgleichend zu beteiligen. Sie hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß durch die Vereinfachung der finanziellen Verhältnisse in den Genossenschaften es namentlich erreicht werden wird, die Zinsen, die der letzte Kreditnehmer zu zahlen hat, auf ein angemessenes Maß zu senken. Hierzu haben die Genossenschaften im Unter- und Mittelbau durch erhebliche Minderung der von ihnen bisher erhobenen Zinspannen beigetragen. Die Hilfe wird über die zentralgenossenschaftliche geleiht werden, deren Reorganisationshiermit Hand in Hand geht.

### Vergleichsordnung und Vollstreckungsschutz

Außer der Regelung der Zinsen und der Kontingentierung hat der Reichspräsident einem Vorschlag der Reichsregierung zugestimmt, die eine besondere Vergleichsordnung und einen härteren Vollstreckungsschutz für Pächter und auch für Pächter landwirtschaftlicher Grundstücke vorseht. Der Hauptinhalt dieser Bestimmungen ist folgender:

Das Verhältnis zwischen Zins und Rente im Laufe der letzten Jahre hat zu einer großen Zahl landwirtschaftlicher Betriebe die Schuld auf ein Maß angewachsen lassen, daß die Forderungen der Gläubiger an rückständigen Zinsen und kurzfristig gewährtem Personalkredit vielfach uneinziehbar geworden sind. Zur erleichternden Herbeiführung eines die Fortführung des landwirtschaftlichen Betriebes sichern-

den Vergleichs bietet die Notverordnung den Weg in der Form eines auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse abgestellten besonderen Vermittlungsverfahrens zwecks Auffreitung eines Schuldenregelungsplanes für landwirtschaftliche Betriebe.

Es ist vorgezogen, daß für den Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Aussicht auf einen Vergleich besteht, beim Amtsgericht ein Vermittlungsverfahren eröffnet wird, in welchem eine geeignete Vermittlungsperiode einen Schuldenausgleich zwischen Gläubiger und Schuldner herbeizuführen sucht. Während der auf drei Monate beschränkten Dauer des Verfahrens soll der Schuldner vor Zugriffen auf sein Grundstück in bestimmtem Umfang geschützt werden.

### Kündigungsschutz

Unter den gleichen Voraussetzungen soll dem Pächter die Möglichkeit gegeben werden, gegen eine Kündigung des Pächters das Pachtungsverhältnis anzufordern.

Ebenfalls ist der für Milieugebühren bis zur diesjährigen Ernte gegebene Vollstreckungsschutz bis zur nächsten Ernte verlängert worden.

### Wieder Fleischerbilligung

Insonderheit kann die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen im Winter nicht zu hungern brauchen. So wird die Fleischerbilligungsaktion wieder in Gang gesetzt werden.

## Erholung und Aufstieg

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

821, 28. September.

Bei der Feier der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt Reichswirtschaftsminister Brauns eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Wir weisen hier ein Gebäude ein, welches der Börse und der Interessensvertretung von Industrie, Handel und Verkehr ein Heim bieten soll. Diese Wirtschaftswege erfüllen innerhalb der Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Ihre Verbindung mit dem Ganzen der Wirtschaft, zentral dazu, ist funktionsfähig zu erhalten. Diese Aufgabe fällt dem Staate zu.

Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht nur auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen.

Die Rücksicht auf das Ganze und der Gesamtüberblick sind um so einfacher, je weniger erwidert die Wirtschaft eines Landes ist. Das zeigen die Verhältnisse der Agrarländer. Welt schwerer werden alle praktischen Aufgaben, nachdem sich die Entfaltung vom Agrar zum Industrie- und Handelsland zugehen hat. Kommt Rohstoffarmut und Ueberbevölkerung hinzu, so ergibt sich daraus eine so enge Verflechtung mit dem Weltmarkt, und der Güterverkehr mit dem Auslande muß einen so bedeutenden Umfang annehmen, daß die Wirtschaft des Landes ohne Berücksichtigung dieser Interessen nicht beurteilt werden darf.

### In dieser Lage ist Deutschland.

Es ist unmöglich, in einem so dichtbesiedelten Lande ohne hinreichende eigene Rohstoffquellen allen Menschen Arbeit und Brot zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Hilfsquellen des eigenen Landes einstellen verlernen würde.

Da die gesamte Bevölkerung nicht im Dienste des eigenen Landes beschäftigt werden kann, muß die Arbeitslosigkeit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden.

Die Freiheit zu wählen zwischen Selbstgenügsamkeit und Verflechtung in die Weltwirtschaft haben wir bereits vor 50 Jahren ausgegeben. Die Wirtschaftspolitik hat sich bereits damals entschlossen, den Bevölkerungszuwachs, der für das Inland nicht beschäftigt werden konnte, zwar im Inlande zu behalten, aber für das Ausland arbeiten zu lassen.

Die letzter eingetretene Entwicklung kann nicht ohne große Schäden rückgängig gemacht werden. Ein Bruch mit den großen Ländern der Welt ist nicht denkbar. Wirtschaftspolitik würde nichts anderes als eine weitere Vermehrung und eine Verengung der großen Arbeitslosigkeit bedeuten.

Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen, wäre unmöglich ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu übersehende Entwertung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft. Diese Kapitalien sind aber letzten Endes der Gegenwart für die Expansion der breiten Masse der Bevölkerung. Sie würde daher letzten Endes die Verluste zu tragen haben.

Die Innere in dieser Sache nichts deutlicher erkannt als die innere gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige untereinander.

Unter Ziel muß es sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm ineffectierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Pflege von Handel und Verkehr zu verbinden.

Dieses Ziel kann aber nach der Struktur unserer Wirtschaft nur erreicht werden, wenn wir auch den Güterauslaß mit dem Auslande pfleglich behandeln.

Gefahren ist die Entwidmung in der Welt durch zwei Ursachen: durch die zunehmende Abwertung der aufeinander angelegenen Länder im Warenverkehr und durch die Kreditkrise, welche zu der Zwangsverwässerung des Kapitals und Zahlungsverkehrs in wichtigen Ländern geführt hat. Das Verhängnisvolle dieser Entwidmung ist es nun, daß die daraus sich ergebenden Schwierigkeiten sich raschzeitig steigern.

Jede neue Abwertungsmaßnahme in der Welt bringt für die zahlungspflichtigen Völker neue Schwierigkeiten und zwingt sie zu Verschärfungen ihrer Devisenbewirtschaftung, — und wieder stellt eine solche Verschärfung der Devisenbewirtschaftung ein neues Semmris für den internationalen Warenaustausch dar. Unter deutsches Interesse liegt eindeutig in der Richtung, beide Schwierigkeiten zu mildern und zu den früheren Zuständen zurückzuführen.

Die deutsche Regierung mußte den Versuch machen, durch eine Reihe von Maßnahmen dem gegenwärtigen Notstand zu begegnen und seine Überwindung zu erleichtern. Neben der Vergütung von öffentlichen Aufträgen hat die Regierung sich entschlossen, Maßnahmen zu treffen, welche den großen Sektor der privaten Wirtschaft neu zu beleben und die Situation der Unternehmung zu fördern bestimmt sind. Sie hält diesen Teil ihres Wirtschaftsprogramms für besonders wichtig. Sein Gelingen hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und sie hofft, und möchte, daß ganz besonders die zahlreichsten kleinen und mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung zeigen. Sein Gelingen hängt von der Mitwirkung der ganzen deutschen Wirtschaft ab, und sie hofft, und möchte, daß ganz besonders die zahlreichsten kleinen und mittleren und kleineren Betriebe, die für das Gelingen des Planes von besonderer Bedeutung sind, ihre Mitwirkung zeigen.

Ich möchte daher auch an dieser Stelle an das gesamte deutsche Unternehmertum den Appell richten, die ihnen gebotenen Möglichkeiten weitestgehend auszunutzen.

Möge bei der zukünftigen Arbeit in diesem neuen stolzen Gebäude nicht alles dergleichen werden, was wir an Schwermern und auch an Lehren aus den vergangenen und noch gegenwärtigen Schwierigkeiten erlebt haben und mitnehmen sollen.

Aber möge daneben auch bei dieser Arbeit stets der Glaube an eine bessere Zukunft lebendig sein, und möge die kommenden neuen Kräfte und Schwierigkeiten über allen Gegenwärtigen nicht dergleichen werden, daß noch immer, auch im Wirtschaftlichen, auf Krankheit und Depression Erlösung und Aufstieg gelöst sind.

### Keine Währungsgefahr

Anschließend sprach Reichsbanpräsident Dr. Lutzer, der zunächst die Währungsfrage behandelte. „Ich bin überzeugt“, so führte er u. a. aus, „daß es eine Währungsgefahr in Deutschland nicht nur nicht geben darf, sondern auch nicht geben wird. So schwer die Zeiten auch sind, die wir zu durchlaufen haben, die Währung wird ganz sicher aufrechterhalten bleiben. Der Reichsbank wird vorgeworfen, daß sie über Währungsgrundsätzen die Wirtschaft verfolge. Wenn erzählt wird, die Reichsbank habe mit der Sättigung des Diskontsatzes von 5 auf 4 v. H. geögert und hätte von sich aus nichts unternommen, nachdem die sachlichen Voraussetzungen gegeben gewesen seien, so muß gesagt werden, daß dies eine grobe Unwahrheit ist. Es war für die Reichsbank gesetzlich nicht möglich, unter 5 v. H. herabzugehen. Wir haben alle daran gearbeitet, daß die Rechtsverhältnisse in Deutschland aufrechterhalten bleiben.“

Wir haben eine Währungs- und eine Wirtschaftspolitik erlebt, und wir sollten eigentlich zusammenhalten, damit wir nicht auch als dritte Kräfte noch eine Rechtskrise bekommen.“

Zu den wiederholten Antarktisplänen bemerkte Dr. Lutzer: „Die heutige weltwirtschaftliche Lage zwingt dazu, ein binnenwirtschaftliches Denken statt zu unterrichten. Etwas anderes ist es aber, ob Antarktis als Grundlag proklamiert wird, oder ob man diese binnenwirtschaftliche Notwendigkeit als Selbstverständlichkeit des deutschen Wirtschaftslebens allen Dingen zugrunde legt.“

Dr. Lutzer gelobte denn die Erfaden und den Abergang unseres heutigen Wirtschaftslebens, für die in erster Linie die Reparationen verantwortlich zu machen seien, in letzter Konsequenz auch die Goldabflüsse, das Gegenübersehen großer Gläubiger- und Schuldnerländer.

Zum Schluß berührte Dr. Lutzer das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung und bemerkte dazu: „Ich möchte an die Wirtschaft den Auftrag richten, sich aus innerer Überzeugung in das Programm einzufügen. Der Appell muß Wirkungen in solchem Ausmaß hervorbringen, daß die ganze Wirtschaft steht. Es geht doch um dem alten, bewährten Weg der Wirtschaftsführung, auf dem Weg der Forderung der freien Kräfte des einzelnen wieder aufwärts zum Segen Deutschlands!“

### Nochmals der 12. September

Der Kanzler im Aufstufungsausschuß.

Berlin, 28. September.

Der Aufstufungsausschuß für Wahrung der Rechte der Volksvertretung trat nochmals im Aufstufungsausschuß zusammen, um die Vorgänge in der Reichstagswahl vom 12. September zu klären. Nach Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden Löbe stellte der kommunistische Abgeordnete Vorländer den Antrag auf Umstellung der Tagesordnung, um sofort in Anwesenheit des Reichskanzlers in die Beratung der Notverordnung einzutreten zu können.

Der Antrag, der bezwachte, eine politische Debatte herbeizuführen, wurde durch die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Dann trat der Ausschuss in die Zeugenvernehmung ein, und zwar wurde zunächst Reichskanzler von Papen aufgerufen. Der Vorlesende charakterisierte noch einmal das Verhandlungssystem, die Frage der Rechtsmäßigkeit der Reichstagsabstimmung vom 12. 9., und führte dann zum Kanzler geendet, u. a. aus:

„Zur Entscheidung dieser Streitfrage soll die Tatsache festgestellt werden, ob Sie vor Eintritt in die namentliche Abstimmung den Versuch gemacht haben, die Aufstufungsurkunde dem Reichstag zur Kenntnis zu bringen wie es durch Wortmeldung, sei es durch Ueberrufen der Urkunde, oder ob beides so spät erfolgt ist, daß die Abstimmung rechtswirksam gewesen ist.“

Auf diese Aufforderung Löbes gab dann der Reichskanzler eine Schilderung der Vorgänge in der Reichstagswahl, wie er sie beobachtet hat.

Der Reichskanzler erklärte, Reichspräsident Götting habe im ersten Teil der letzten Reichstagswahl nicht ausdrücklich festgestellt, daß durch Ausmaß des Einpruchs der kommunistische Antrag auf Abänderung der Tagesordnung angenommen worden sei. Er habe deshalb erwartet, daß der

Präsident nach Wiedereröffnung der Sitzung noch einmal den kommunalistischen Antrag zur Abstimmung stellen würde. Nachdem dies aber nicht der Fall gewesen sei, habe er sich sofort erhoben und ums Wort gebeten. Der Reichstagspräsident habe eine abweisende Geste gemacht und gesagt: „Zu spät, wir sind in der Abstimmung.“ Dann habe der Staatssekretär den Präsidenten auf die Wortmeldung hingewiesen und als auch dies erfolglos geblieben sei, habe er, der Kanzler, sich zum zweiten Male, wiederum ohne Erfolg, zum Wort gemeldet. Der Reichskanzler betonte, daß er dann das Aufstufungsdekret auf den Tisch des Präsidenten gelegt habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er sich nur ausdrücklich zum Wort gemeldet habe, oder nachher auch durch Aufstehen oder Handaufheben, erwiderte der Kanzler, er sei nicht nur aufgestanden, sondern habe auch gesagt: „Ich bitte ums Wort.“ „Ich meine aber an“, so fügte der Kanzler hinzu, „daß das bei der Länge des Hauses am Stenographisch nicht verstanden worden ist.“

Reichstagspräsident Götting befragte dazu, der Reichskanzler sei erst aufgestanden. Nachdem er, der Präsident, die Worte ausgesprochen hätte, „Wir stimmen ab“, die Weigerung des Kanzlers, „Ich bitte ums Wort“, habe er nicht verstanden.

Auf weitere Fragen erklärte der Kanzler, die Abstimmung im Reichstag seien rechtsunwirksam, da sie erst nach der Zustimmung des Aufstufungsdekrets durchgeführt worden seien. Die Reichsregierung habe keineswegs von vornherein die Möglichkeit gehabt, den Reichstag aufzulösen, vielmehr gehofft, daß trotz der scharfen Gegensätze doch noch ein modus vivendi zwischen Reichstag und Regierung zustande kommen würde.

Zum Schluß seiner Vernehmung bestätigte der Reichskanzler im Ueberwägungsausschuß, daß er sich die Aufstufungsurkunde erst während der Unterbrechung der Sitzung beschafft hat. Vor der Unterbrechung der Sitzung habe er eine solche Maßnahme nicht für erforderlich gehalten, weil er es als selbstverständlich angesehen habe, daß der Reichstag dem Chef der Reichsregierung das Wort erteilen würde.

Auf die Frage des Abgeordneten Frank II. zu welchem Zeitpunkt die Aufstufungsurkunde unterschrieben worden sei, erwiderte der Kanzler, er müsse betonen, diese Urkunde nicht betriebligen zu können.

Anschließend begann die Vernehmung des Reichsinnenministers von Gopl. Freiherr von Gopl. befähigte in der Hauptsache die Darstellung des Kanzlers. Staatssekretär Dr. Pland sagte aus, der Kanzler habe sich zweimal zum Wort gemeldet, wobei der Reichstagspräsident schon bei der ersten Wortmeldung eine abweisende Bewegung gemacht habe. Reichstagspräsident Götting befragte dies und befristete die Anberaumung eines Colloquiums.

### Feststellungen des Reichstagsausschusses

Nach Abschluß seiner Vernehmung nahm der Aufstufungsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung mit den Stimmen der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei gegen die Stimmen der Deutschnationalen einen Antrag an, in dem es heißt, der Reichskanzler habe sich erst zum Wort gemeldet, nachdem die Abstimmung durch den Reichstagspräsidenten bereits eröffnet worden sei. Das Verhalten des Reichstagspräsidenten himme sowohl mit der Verfassung als mit der Geschäftsordnung überein. Der Kanzler habe die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig zum Worte zu melden. Nach dem in der Vernehmung gemachten Befundungen sei die Reichsregierung entschlossen gewesen, den Reichstag unter allen Umständen noch vor den Abstimmungen aufzulösen.

### Polizei und Staat

Ausführungen Dr. Brauchs.

Berlin, 28. September.

Der kommissarische preussische Minister des Innern, Dr. Brauch, nahm an einer gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Ausschuss des Verbandes preussischer Polizeibeamten teil, und richtete an die Versammelten eine Ansprache, in der er u. a. erklärte:

Es darf im Verhältnis zwischen dem verantwortlichen Ressortführer und seinen Beamten keinen anderen Grundpaß geben, als den der Gerechtigkeit.

Die Polizei steht mitten im öffentlichen Leben. Jede geringste Schwärzung des öffentlichen Lebens berührt in erster Linie die Polizei. Sie steht an der Front, an der sich Staat und Volk berühren und von ihrer Haltung hängt es in hohem Maße ab, daß zwischen Staat und Volk keine Kluft, sondern eine dauernde und lebendige Verbindung besteht.

Für die Vermendung und Beförderung eines Beamten soll seine Lichigkeit und seine Berufstüchtigkeit allein entscheidend sein. Für die Dienstfähigkeit eines Beamten ist nicht nur eine gerechte Personalpolitik entscheidend, sondern auch das sichere Gefühl jedes einzelnen, daß er den vollen Schutz genießt, wenn er in rechtmäßiger Ausübung seines Dienstes seine Pflicht getan hat. Und nun ein weiterer Punkt:

Die Frage des Wahlrechts und der Sozialistenfreiheit. Ueber diese Fragen kann überhaupt nur gesprochen werden, wenn ein Zweifel reiflos beseitigt ist. Die Einschränkung solcher Rechte für Männer, die an hervorragender Stelle dem Staate zu dienen berufen sind, dürfte, wenn man sie überhaupt in Erwägung ziehen müßte, nie und nimmer eine befriedigende Maßnahme sein, sondern allein das Zeichen einer besonderen Ehrenstellung im Staat.

In einer grundsätzlichen Frage will ich zum Schluß noch Stellung nehmen. Meine Ausführungen galten der Sitzung des Polizeibeamten im Stenographisch.

Dieser Staat ist kein leerer Begriff. Er erhält seine Form im Grundgesetz des Staates, der Verfassung. Auf sie hat der Beamte den Eid geleistet. Diesem Eid auf die republikanische Verfassung sind und bleiben wir verpflichtet. Der Weg in die Zukunft stellt uns vor die Aufgabe, durch eine zweckmäßigere Form der Verfassung neue Formen einer Willensbildung des Volkes und damit einer tätigen Mitarbeit des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten zu finden.

### Ueberprüfung der Landesverordnung

Berlin, 27. September.

Die kommissarische preussische Staatsregierung wird sich in der nächsten Kabinettsitzung mit den Beschwerden, Eingaben und mündlichen Vorstellungen befassen, die bezüglich der Verordnung über die Neugliederung der Landkreise

in sie gelangt sind. Es gilt als wahrscheinlich, daß die kommissarische Regierung beabsichtigt, offensichtlich schwierige Verhältnisse, die durch die Zusammenlegung an vorübergehenden Stellen des Landes entstanden sind, wieder zu glätten. Wie verfahren, kann man sogar damit rechnen, daß auch einzelne wesentliche Änderungen beschlossen werden, insbesondere, daß das Kabinett den einen oder anderen Landkreis, der nach der Verordnung aufgelöst werden sollte, nunmehr selbstständig bestehen lassen wird.

### Die Zusammenlegung der Landkreise

Berlin, 28. September.

Das preussische Kabinett beschäftigte sich nochmals mit der Verordnung über die Zusammenlegung von Landkreisen. Abgesehen von den Bereinigungen der Grenzgebiete der Landkreise, die aber nur ganz geringfügig sind, erfolgen wesentliche Änderungen nicht. Nur in einem einzigen Falle, nämlich Schmalfalden, soll ein Landkreis bestehen bleiben.

### Verordnung über Vollstreckungsschutz

Berlin, 28. September.

Der Reichspräsident von Hindenburg hat die vom Reichsinnenminister angeforderten Verordnungen über die Finsenzahlung für landwirtschaftliche Hypothekensachen und über das Bemittelungsverfahren für die Landwirtschaft sowie den verkürzten Vollstreckungsschutz unterzeichnet. Damit ist der erste Teil des Abgrenzungsprogramms in die Tat umgesetzt. Die Königlicher Verordnungen dürften in etwa 14 Tagen unterzeichnet werden, nachdem die Verhandlungen mit den ausländischen Regierungen, die von Ministerialrat Walter geführt werden, abgeschlossen sind.

### Ernennungen im Staats- und Innenministerium

Berlin, 28. September.

Das preussische Staatsministerium hat mit Wirkung vom 1. Oktober ernannt: zum Staatssekretär des Staatsministeriums den Ministerialdirektor Dr. Nobis, zum Ministerialdirektor beim preussischen Staatsministerium den Ministerialrat im preussischen Finanzministerium, Dr. Candrian, zum Ministerialrat im preussischen Staatsministerium den Hilfsarbeiter im preussischen Staatsministerium Regierungsrat Dr. G. v. G. a. b. Im preussischen Ministerium des Innern wurden ernannt für Ministerialrat des Ministerialrats Dr. Schübe (für den ausgeschiedenen Dr. Babi), und Dr. Ströden (für den ausgeschiedenen Ministerialdirektor Dr. von Lepen). Mit Wirkung vom 1. Oktober wurde Ministerialdirektor Dr. Canzler zugleich zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Reichstag im Hauptamt ernannt.

### Unterredung Neuraths mit Henderfon

Genf, 28. September.

Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderfon, hatte eine Unterredung mit dem deutschen Außenminister von Neurath, die aber keine Veränderung der Lage ergeben hat. Sichtlich einer Zusammenkunft des deutschen Außenminister mit dem französischen Ministerpräsidenten sind bisher irgendwelche Schritte nicht erfolgt. Es stellt sich immer mehr der Eindruck, daß annehmbare Vorläufe weder auf französischer noch auf englischer Seite vorliegen.

Die Vollversammlung des Völkerbundes beginnt die politische Generalsprache, an der aber Vertreter der Großmacht — auch das ist ein Zeichen für die Krise des Völkerbundes — nicht teilnehmen. Die Generaldebatte, die sonst mindestens acht Tage dauerte, soll noch am heutigen Mittwoch abgeschlossen werden.

### Dr. Schnee gegen Herriot

Berlin, 27. September.

Bei dem Empfang, den der Arbeitsausschuß Deutscher Verbände für seinen aus Orléans zurückgekehrten Präsidenten, den früheren Gouverneur Schnee, gab, nahm Dr. Schnee auch Stellung zu der Rede, die der französische Ministerpräsident Herriot am Sonntag in Gramat gehalten hat. Dr. Schnee erklärte, selbst der Vordemittelt des französischen Ministerpräsidenten werde es nicht gelingen, der Welt einzureden, daß Frankreich abstrafungsunfähig sei. Ueber praktische Abrüstungsvorschläge von welcher Seite er auch immer gekommen sei, sei auf der Abrüstungskonferenz auf den Verhandlungstisch Frankreichs gesetzt. Die Rede Herriots sei der offensibare Versuch, Deutschland in der Abrüstungsfrage vor der Weltöffentlichkeit ins Unrecht zu setzen. Es lie geradezu protest, daß die einzige abgeriffete Großmacht, also Deutschland, von der stärksten Militärmacht der Welt, nämlich von Frankreich, dafür verantwortlich gemacht werden sollte, daß die Welt abstrafe.

Deutschland fordere auf Grund einwandfreien Rechts nicht nur vor die allgemeine Abrüstung und die deutsche Gleichberechtigung. Nur weil sich die Abrüstungskonferenz unter der Führung Frankreichs bisher weder zu einer wirklichen Abrüstung noch zur Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage bereitgefunden habe, habe sich Deutschland aus ihr zurückgezogen. Man gebe Deutschland die Gleichberechtigung und seine Teilnahme an den weiteren Verhandlungen ist hergestell.

### Deutsche Tageschau

Die Neuregelung der Reichszentrale für Heimabtrieb.

Von zuständiger Stelle wird gegenüber Pressefremden betont, daß durch die vorläufige Umstellung der Reichszentrale für Heimabtrieb unter die Presseabteilung der Reichsregierung an der Objektivität der Reichszentrale nicht das geringste geändert werde. Die Reichszentrale sei durch Reichstagsbeschluss in ihren Richtlinien festgelegt und werde sich weiter daran halten. Ebenso über parlamentarische Beirat nach wie vor die gleichen Funktionen aus wie bisher.

Die Frage der Vorverlegung der Gemeindefesthalten.

An den Pressevertretern über die Vorverlegung der Gemeindefesthalten in Braußen auf den 6. November ist davon die Rede, daß die kommissarische preussische Regierung im Staatsrat sich bemühen werde, den Beschluss des Landtags umzusetzen. Von zuständiger amtlicher preussischer Seite wird demgegenüber erklärt, daß die kommissarische Regierung nicht beabsichtigt, in den normalen Verlauf der parlamentarischen Behandlung des Landtagsbeschlusses eingzugreifen, und daß sie sich für ihre endgültige Stellungnahme vorbehalt.

Remberg, den 28. September 1932

**Gemeindliche Grundvermögenssteuer**

Die Gemeinden haben vielfach den Eigentümern landwirtschaftlicher Betriebe die Zahlung der gemeindlichen Grundvermögenssteuer gestundet. Da angelehnt bei dem allgemeinen gut ausgefallenen Ernte die Gefahr nahe liegt, daß die Preise (insbesondere des Getreides) in einer für die Volkswirtschaft schädlichen Weise gedrückt werden, wenn die Landwirte zur Befriedigung ihrer Geldmittel gezwungen werden, die Steuerzahlungen sofort in großen Mengen auf den Markt zu bringen, empfiehlt die Amtliche Kreisliche Preisprüfungskommission, die preußischen Minister des Innern und der Finanzen in einem gemeinsamen Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden den Gemeinden, deren Finanzlage dies nur irgend zuläßt, in Schwierigkeiten befindlichen Steuerzahlern auf Antrag die Abtragung der Steuerrückstände für ihre landwirtschaftlichen Betriebe in Raten vom 15. November bis zum Schlusse des Rechnungsjahres neben der Entrichtung der laufenden Steuern zu gestatten.

— Mehr Sägmohle. Wie könnte der deutschen Landwirtschaft gehoben werden und der Volksgeldwert gebietet sein, wenn sich überall einflussreiche Kräfte die Einführung des Sägmohles angelegen ließe! Die diesjährige Obsternte verspricht im Durchschnitt gering zu werden. Darum sollten jetzt die Vorbereitungen für Herstellung, Lagerung und Absatz getroffen werden. Nach haben sich Kapital und vor allem gemeinschaftliche Arbeit viel zu schädierten an dieses Aufgabengebiet herangewandt. Und doch findet der Sägmohle immer mehr Nachfrage in Gaststätten, Familien, Wohnhöfen, Jugendherbergen. Der Zirkischer Frauenverein, den man als Beispiel anführen kann, hat in seinen jetzt 18 Gaststätten im vorigen Jahre nicht weniger als 55 000 Liter Sägmohle (unvergorenem Apfelfalz) abgesetzt.

— Viehfutter aus Kohle. Professor Gmund aus Dortmund hat Mittelungen über bedeutende Fortschritte seiner seit Jahrzehnten angelegten Untersuchungen gemacht, einwandfreie Futtermittel auf Umwegen aus Kohle herzustellen. Seinen Versuchen, so verfährt der Gelehrte, konnte bereits heute eine wirtschaftlich praktische Bedeutung zu. Es besteht im wesentlichen darin, bestimmte Ammoniumsalze aus Kohle zu gewinnen und diese als Nährmittel für Hefe zu verwenden. Die Hefe wird dann getrocknet und als Viehfuttermittel gebraucht.

\* Zu dem am 24. September hier stattgefundenen Schweinemarkt waren 402 Ferkel aufgetrieben. Die Durchschnittspreise betragen für 4 Wochen alte Ferkel 7 RM, für 6 Wochen alte Ferkel 9 RM und für 8 Wochen alte Ferkel 10 RM. Käufer waren nicht aufgetrieben.

\* **Verwendet deutsches Holz zum Bau!** Die Lage der deutschen Holzindustrie hat sich in letzter Zeit weiter verschlechtert, so daß es nötig ist, nochmals darauf hinzuweisen, daß es im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegt, wenn bei der Vergabe von Bauaufträgen inländisches Holz dem ausländischen vorgezogen wird. Auch der Reichsminister der Finanzen ist dieser Ansicht und hat kürzlich an die interessierten Reichsministerien und Landesregierungen sowie an die Spitzenverbände der Erzeuger und Verbraucher der Holzindustrie Ausdrück gegeben, daß bei der jetzigen Wirtschaftslage mehr als bisher auf die Verwendung deutscher Holzstoffe hingewirkt werden muß. Wenn es jetzt der Deutsche Städtebund gebeten, im Interesse der von der Wirtschaftskrise besonders schwer betroffenen deutschen Holzindustrie möglichst einseitig deutsches Holz zu verwenden.

\* **Treppe aufwärts beleuchten.** Es wird jetzt bereits schon ziemlich früh dunkel. Mit Eintritt der Dunkelheit sind die Hausstiege zu beleuchten. Es sei deshalb hierdurch nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei aufkommender Dunkelheit eine Beleuchtung des Treppenhauses flammunfähig möglichst einseitig deutsches Holz zu verwenden.

\* **Anforderungsbestimmungen über die Instandsetzung von Wohnungen.** Die Ausführungsbestimmungen zur der Verordnung über die Instandsetzung von Wohnungen wurden im Reichsanzeiger veröffentlicht. Der wesentliche Inhalt der Ausführungsbestimmungen lautet: Dem Hauseigentümer werden Steuerzuschüsse in Höhe von 40 v. H. der Grundsteuer zur Verfügung gestellt, um Instandsetzungs- und Umbauarbeiten in größerem Umfang zu ermöglichen. Darüber hinaus sind 50 Millionen RM für die Instandsetzung von Wohngebäuden, die Teilung von Wohnungen um den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen bereitgestellt. Der Zuschuß wird für größere Instandsetzungsarbeiten gemindert. Die Kosten müssen mindestens 250 Mk. betragen. Der Zuschuß beträgt ein Fünftel der Kosten. Rückzahlung wird nicht gefordert. Bei der Teilung von Wohnungen und den Umbau gewerblicher Räume zu Wohnungen wird die Hälfte der Kosten als Zuschuß gemindert, im Höchstfalle 600 RM für jede Teilung. Die Arbeiten dürfen erst nach dem 25. September 1932 begonnen sein. Der Antrag auf Bewilligung des Zuschusses muß vor Beginn der Arbeiten gestellt werden. Auf Grund des Antrages wird zunächst ein Vorbescheid erteilt. Erst hierdurch entsteht ein Anspruch auf den Zuschuß. Die endgültige Höhe der Kosten ist nachzuweisen insbesondere durch Rechnungen. Arbeiten, die in Schwarzarbeit ausgeführt sind, dürfen nicht berücksichtigt werden. Die Stellen, an die die Anträge auf Bewilligung eines Zuschusses zu richten sind, werden von den obersten Landesbehörden bestimmt. In Preußen sind es vornehmlich die Gemeindeämter.

**Zufuß.** Am 2. Oktober feiert das Julius Dampelsche Ehepaar in seltener geistiger und körperlicher Frische das Fest der goldenen Hochzeit. Trotdem der Ehegatte bereits im 81. Lebensjahre steht, und seine Lebensgefährtin 74 Jahre zählt, fühlen sie sich so wohl und munter, daß sie zu manchen Ausflügen unternehmen und wenn im Gaißhof Musikfeste ertönen, riskiert das Jubelpaar Sonntags abends auch noch ein Tanzchen. Seltener wohl ist goldenen Hochzeitspaaren diese Rüstigkeit beschieden. Wir wünschen den beiden Alten, daß Gott ihnen noch einen recht frohen und gelunden Lebensabend schenken möge.

**Pratau.** (Eine seltene Ernte bereift ein Reh), das nun schon zum zweiten Male nach Eintritt des kühlen Wetters sein Winterquartier aufsucht. Vor zwei Jahren wurde ein junges Reh, das vom Bodwaffer in der Brodhit gefährt war, vom Jagdpächter Mühlensbiller Durbig in

Pratau in Obhut genommen und in einem Stalle großgezogen. Am Frühjahr verlangte das Tier jedoch ungefümm nach Freiheit, die man ihm auch nicht wehrte. Zu aller Entzainen fand sich das treue Tier im Herbst des vorigen Jahres an der Gartenküche ein, um für den Winter eingelassen zu werden. Aber wiederum im Frühjahr dieses Jahres verlangte das Reh seine Freiheit zurück. Gestern früh pöchte das treue Tier zum zweiten Male an die Türen seines Hahngeters an, um den Winter über im warmen Stall bei ausreichendem Futter zu verbringen.

**Bad Schmiedeberg.** (Bürgermeisterwahl.) In der Stadtvorversammlung am Dienstagabend in Rathaus, die von Stadtw. Hoff Schmalz 10 Uhr eröffnet wurde, kamen anstelle der ausgeschiedenen Mitglieder der Landwirt Schäppler und Drechsler Vorodmann nun als Stadtvorordnete zur Einführung und Verehrlichung. Zu Punkt 2 der Tagesordnung stand die Bürgermeisterwahl an. In dieser, welche geheim erfolgte, beteiligten sich alle 16 Stadtvorordnete. Mit 14 Stimmen wurde der am 24. Oktober 1893 zu Gelle geborene, jetzige Bürgermeister Langemann in Vertretung bei Bremen zum Oberhaupt unserer Stadt gewählt. Eine Stimme lautete auf Winter-Halle, eine war unglücklich.

**Einspruch gegen die Scheibbürgermeisterwahl.** Scheibitz. Die Fraktion „Ordnungsblock“ der Stadtvorordnungsversammlung hat nunmehr Einspruch gegen die Wahl des Abgeordneten Dr. Süßler aus Treitz zum Bürgermeister der Stadt eingelegt und über die Frage der Gültigkeit der Wahl die Entscheidung des Bezirksausschusses angetragen. Die Fraktion begründet ihren Einspruch damit, daß die Wahlhandlung nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden ist. Der Abgeordnete Serrmann wird die Bürgermeisterei bis zum Amtsantritt des Nachfolgers des jetzigen Bürgermeisters führen.

**Lansberg (Kr. Döbelitz).** Auf der Halle—Vitzersfelder Schaufisse fuhr ein mit vier Personen besetzter Personenraftwagen auf einen haldenden Lastkraftwagen auf. Die Insassen des Personenautos wurden zum Teil erheblich verletzt ins Krankenhaus Karlsfeld gebracht. Der Fahrer des Wagens war von einem anderen Personauto getrieben worden, das, ohne sich um die Verletzungen zu kümmern, in schneller Fahrt davonfuhr.

**Reitz (Kr. Borsdorf).** Ueber Bord gerissen und ertrunken ist auf der Elbe der Feuermann Buntrock aus Oßian. Da er auf die Rettungsmaßnahme gar nicht reagierte, wird angenommen, daß er bei dem Sturz schwer verletzt wurde. Buntrock war beim Unterterschen auf dem Dampfer „Hollstein“ erfaßt worden.

**Drei Schwerverletzte bei einer Schwarzfahrt.** Eßterwerba (Kr. Liebenwerda). Am Montagabend fuhr ein Kraftwagen aus Pleißa, der von Krawinkel mit großer Geschwindigkeit in den Schaufisegraben und gegen einen Telegraphenmast. Das Fahrzeug wurde zertrümmert. Von den vier Insassen wurden drei schwer verletzt. Die Verunglückten wurden nach Lauchhammer ins Krankenhaus gebracht. Es handelte sich um eine Schwarzfahrt.

**Reineinstellungen in der Erfurter Schuhindustrie.** Erfurt. Auf Grund der Verordnung der Reichsregierung über Vereinerung der Arbeitslosigkeit vom 5. September 1932 haben verschiedene Erfurter Schuhfabriken Reineinstellungen in die Arbeit beschlossen. So erhöht die M. & L. Heß Schuhfabrik A.-G. Erfurt ihre Belegschaft um 80 bis 90 Arbeiter, während die Schuhfabrik Hofmann & Stenger, Erfurt, 100 Arbeiter wieder in den Produktionsprozeß einreißt.

**Uhlen (Kr. Sangerhausen).** Vom Mühlsteig gefürzt und ertrunken ist der landwirtschaftliche Arbeiter Karl Weisenbad in der Helme. Es wird vermutet, daß er beim Passieren des Mühlsteiges mit seinem Fahrrad abgerollt und ins Wasser gefallen ist. Der Ertrunkene war 68 Jahre alt.

**36yn Jahre Zuchthaus für einen Fahrraddieb und Straßenräuber.** Halberstadt. Das Schöffengericht verurteilte den 28 Jahre alten Diener Edmund Groß aus Wernigeroode unter Verlegung mildernder Umstände wegen Diebstahls in 13 Fällen zu fünf Jahren Zuchthaus. Groß, ein wiederholter Verurteilter, hatte ein Einbruchsverbreiterer Mönch, das hauptsächlich Fahrräder in verstreuten Teilen Deutschlands gestohlen. Er war gefällig. Am Tage vorher war der Angeklagte von der Großen Straßmann ebenfalls zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden, so daß er zehn Jahre zu verbüßen hat. Auch dieser Verurteilung lagen sechs Fahrraddiebstahls zugrunde, außerdem ein nachlässiger Ränderfall mit erbobener Schußwaffe auf eine junge Dame, sowie andere Untaten.

**Groß-Robensleben (Kr. Wolmirstedt).** Das Gemeindeparlament von Groß-Robensleben mußte am Sonntag neu gewählt werden. Die vorausgegangene Gemeindevertretung war aufgelöst worden, weil sämtliche bürgerliche Vertreter ihre Ämter niedergelegt hatten. Während bei der letzten Reichstagswahl die SPD 277, die NSDAP 378 und die Bürgerlichen 79 Stimmen erhielten, entfielen bei der jetzigen Wahlstimme auf die SPD 370, auf die Nationalsozialisten 188 und auf die Bürgerlichen 158 Stimmen. Durch die Neuwahl ist das Stimmenverhältnis übrigens das gleiche geblieben. Die Sozialdemokraten haben ihre neun Sitze gehalten, während die Bürgerlichen von ihren neun Sitzen fünf an die Nationalsozialisten abgeben mußten, die im alten Gemeinderat noch nicht vertreten waren.

**Naubüderfall auf eine 80jährige Frau.** Genhün (Kr. Jerichow II). Bei der 80 Jahre alten Witwe Fricke wurde frühmorgens ein Raubüberfall in ihrer Wohnung unternommen. Zwei Einbrecher stiegen ein und wirgten die alte Frau, von der sie die Herausgabe des Geldes verlangten. Sie raubten Sparfahndbücher und Bargeld in Höhe von ungefähr 20 Mark, worauf sie flüchteten. Bis jetzt ist die Ermittlung und Ergreifung der Unbekannten noch nicht gelangt.

**Rein Schulschick am Geburtstage des Reichspräsidenten.** Dessau. Das Amtliche Staatsministerium beschloß, den Schulschick am Geburtstage des Reichspräsidenten v. Hindenburg nicht, wie in anderen Staaten, ausfallen zu lassen, sondern unverändert durchzuführen. Das Staatsministerium ist der Auffassung, daß es richtig sei, in der heutigen Zeit den Reichspräsidenten am besten durch Arbeit zu ehren.

**Geinen Verletzungen erlegen.**

**Dranienbaum (Anhalt).** Wie feierlich gemeldet, hatte sich der 19jährige Fleischer Otto Dräger dadurch eine schwere Baugherletzung zugezogen, daß ihm seine Keiseleier in der Tasse löst. Nunmehr ist Dräger seinen schweren Verletzungen erlegen.

**Handwerk fordert Steueranrechnungsscheine auch für Hauszinssteuer.**

**Magdeburg.** Auf dem „Abend des Handwerks“ einer Sonderveranstaltung der Deutschen Wode, erinnerte der Vorsitzende des Handwerksrates, Obermeister Franzos, in seiner Begrüßungsansprache an das Wort des Reichspräsidenten von Hindenburg, daß das Handwerk noch große Aufgaben zu erfüllen habe, die durchaus latratrische Förderung bediene. Erst, wo die Reichsregierung mit dem neuen Wirtschaftsprogramm herausgekommen sei, erwarte das Handwerk, daß es endlich von dem ungenutzten Druck der staatlichen Belastungen und Zinsangelegenheiten befreit werde.

Kammerpräsident Stadtrat Flugmager, der dann sprach, stellte in dem Mittelpunkt seines Vortrages das Programm der Arbeitsbeschaffung im Handwerk. Dieses Programm sei zunächst von seiten der Hausreparaturen in Angriff zu nehmen. Das Handwerk habe mit der neuen Regierung bereits darüber verhandelt, daß auch für Hauszinssteuer Steueranrechnungsscheine ausgeben werden sollen. In dieser Forderung werde das Handwerk bis zur Erreichung dieses Zieltes festhalten. Weiter verlange das Handwerk, daß den freien Handwerksmeistern die Ausübung der Ausübung seines Berufes gesteuert würde. Das könnte, wie die Dinge sich entwickelten, aber geschehen, wenn mit dem Grundgesetz der Gewerbetreibenden gehandelt werde. Die Spitzenverbände des Handwerks habe bereits entsprechende Bestimmungen ausgearbeitet.

**Merseburg.** Das Winterhilfswerk wird auch in diesem Jahre wieder in vollem Umfange durchgeführt, die organisierten Maßnahmen sind bereits getroffen worden. Es soll versucht werden, den Kreis der Mitarbeiter nach Möglichkeit zu erweitern. Das Winterhilfswerk tritt erstmalig am 17. Oktober in Tätigkeit, und zwar folgen 150 Schulförder gespielt werden.

**Kochfisch (Kr. Merseburg).** Durch einen Brand wurde das Bestitztum des Pächters Wendeburg schwer beschädigt. Eine große, mit Entensorten gefüllte Scheune und ein in der Nähe liegender Strodbienen mit 200 Jentnern Strohd wurden vernichtet. Als Brandursache vermutet man Brandfisch.

**Jugendliche Straßenräuber festgenommen.**

**Kaumburg.** Die Polizei nahm am Sonntag früh drei junge Leute fest, die mehrere Handtaschenbrieftaschen gestohlen haben. Ihre Opfer waren zwei alleinreisende ältere und eine jüngere Dame, die sich in Begleitung ihres Herrn befand. In einem Fall betrug die Beute über 22 Mark. Das Geld wollten die Diebe haben, wie sie bei ihrer Vernehmung ausgaben, in Bad Köfen verheimlicht. Den Betroffenen konnte das Geld bis auf einen kleinen Betrag zurückerrichtet werden, während die Handtaschen bereits zertrümmert und unbrauchbar gemacht waren.

**Eisleben.** Zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Mansfelder Land hat die Mansfelder A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb Eisleben im Sinn des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung angeregt, daß die Beschäftigten der Mansfelder Hüttenbetriebe in eine besondere Form der Arbeitsförderung einzutreten. Es soll auf diese Weise die Möglichkeit geschaffen werden, für Anfang Oktober bereits 600 Arbeiter neu einzustellen. Die Verhandlungen sind im Gange und werden voraussichtlich im Laufe dieser Woche zum Abschluß kommen.

**Calbe (Saale).** In so ernsten Zahlungs-schwierigkeiten ist die Stadt Calbe, daß sie am Sonnabend nur die Hälfte der Unterhaltungsätze zur Auszahlung bringen konnte. Der Rest wird im Laufe der Woche zur Auszahlung kommen.

**Burg bei Magdeburg.** Im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Wasserfragenverwaltung sind für die Fertigstellung eines bedeutenden Durchflusses am Heftental 220 000 Mark eingelegt worden. Ferner enthalten die Pläne u. a. auch 2 Millionen zur Verminderung der Hochwasserständen im Havelgebiet zur Verbesserung der Havel-Schiffahrtverhältnisse.

**Abend an der Geliebten.** Der 20 Jahre alte Anton Amend aus Camburg (Amt Wertheim) wurde unter dem Verdacht festgenommen, die gleichaltrige Pola Haus, mit der er ein Verhältnis hatte, in der Nacht zu haben. Die Leiche des Mädchens wurde vor einigen Tagen gefunden. Wie verlautet, hat Amend bereits ein Geständnis abgelegt.

**Zuchthaus für ungetreue Polizeibeamte.** Nach fünf-tägiger Verhandlung fällte das Gericht in Hagen wegen Veruntreuungen in Höhe von 265 700 RM bei der Kasse der Polizeikommission Boeltereide folgendes Urteil: Es erliefen der Polizeifreikar Stahberg 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, der Polizeifreikar Gaudig 3 Jahre 6 Monate Zuchthaus, der Polizeifreikar Simon 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, die mitangelegte Frau Bogele 6 Monate Gefängnis.

**In Notwehr erschossen.** Der Arbeiter Böhmte wurde in Sorquitten (Kreis Sensburg) auf dem Bahnhof durch einen Landwirte in Notwehr erschossen. Der Arbeiter Maguan hatte einen Zug verpaßt und war zurückgeblieben, während seine Arbeitskollegen abfahren. Hierüber in Not geraten, griff Maguan den Fahrdienstleiter tödlich an, so daß dieser den Landwirte hinzurufen mußte. Einige Arbeitskollegen des Maguan, darunter Böhmte, hatten den Angriff auf den Fahrdienstleiter bei ihrer Abfahrt beobachtet und waren von der nächsten Haltestelle im Gegenzug zurückgefahren. Hier nahmen sie für Maguan Partei und bedrohten den Landwirte für waqui, daß dieser zur Schußwaffe griff.

**Beim Ringkampf getötet.** Ein tödlicher Unfall ereignete sich bei Ringwettkämpfen in einem Saalbau in Desslau. Der 26jährige Ringkämpfer Otto Weyer aus Dürburg kam beim Ringen infolge eines unglücklichen Zufalles darauf zu Fall, daß er einen Halswirbelbruch davontrug. Wenige Stunden nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus ist Weyer gestorben.

**„Haarglanz“ festigt die Frisur!** Er macht das Haar straff und elastisch. Infolgedessen läßt es sich noch einmal so leicht frisieren, und die Frisur hält länger. „Haarglanz“ erhalten Sie mit jedem weißen Beutel Schwarzkopf-Schaum, dem milden Haarpflegemittel und auch mit dem Haarpflegekosmetikum wirkungsvollsten Schwarzkopf-Extra für Blondinen. Extra-Blond ist die aufhellende Spezial-Sorte!

**Bau eines Uferdammes als Arbeitsbeschäftigung.**  
 Herzogland (Kr. Jerichow II). Der Bau des geplanten 250 Meter langen Uferdammes an der Elbe zwischen Herzogland und Uthmannsdorf. Die Ausführung erfolgt im Rahmen des Arbeitsbeschäftigungsprogramms mit einem Kostenaufwand von 30 000 Mark. Zu dem Bau, für den einige Monate vorgezogen sind, werden etwa 50 Arbeiter aus Erwerbslosen des Kreises Jerichow II herangezogen werden.

**Felssturz bei Remhede.** In der Provinzialstraße von Burg nach Remhede ereignete sich in der Nähe von Kellershammer am Elbbank ein Felssturz. Unter großen Getöse löste sich ein etwa 20 Meter hoher Felsen und stürzte zu einem freien Platz an der Landstraße. Menschen kamen nicht zu Schaden. Wahrscheinlich war durch das Eindringen der starken Regenmengen der letzten Tage in einen bisher nicht bemerzten Felsplatz der Felsen unterhöhlt worden. Etwa 500 Kubikmeter Gestein stürzten ab.

**Erdbeben in Südlavonien.** Die Belgard der Erdbebenkarte verdeutlicht den Beginn eines heftigen Erdbebens. Nach den bisherigen Meldungen hat das Beben in der Umgebung von Balanodona, Kanabar, Demitrapu, Gwogell großen Schaden angerichtet, während Menschen nicht zu Schaden gekommen zu sein scheinen. Ein Teil der Bevölkerung des vom Erdbeben heimgesuchten Gebietes floh in panischem Schrecken auf die Felder.

**Neues deutsches Großflugzeug in Paris.** Das neue Unterflurflugzeug M. 52 ist von Berlin über Köln kommend auf dem Flugplatz Le Bourget eingetroffen. Der Apparat, der eine Spannweite von 32 Metern hat, besitzt drei 520-P.S.-Motoren. Das Flugzeug bietet fünfzehn Personen Platz.

**Gronau in Hongkong nach Manila gestartet.** Der Dornier-Wal, mit dem unter Führung Wolfgang von Gronaus die deutschen Walfänger ihren Flug durchführten, ist in Hongkong gestartet. Der Piloter wird seinen Weg über das südpazifische Meer nach der Philippinen-Insel Luzon nehmen, wo von Gronau bei Manila landen will. Manila liegt geographisch in einer tiefen Bucht, die nach Südwesten geöffnet ist, so daß sich dieser Hafen bei der Taifun-Gefahr, die in der dortigen Gegend sehr groß ist, für die Uebernahme des Dornier-Wals besonders gut eignet.

**Denkmalseinweihung in Gabitz**  
 am Sonntag, den 25. September 1932.

Den Toten zum Gedächtnis, den Lebenden zur Erinnerung, der Nachwelt zur Mahnung! Das war das Geleitwort, unter dem der Kriegerverein Gabitz seinen im Weltkrieges gefallenen Helden ein Ehrenmal errichtet hat. Noch nie hat eine Feier in Gabitz eine solche rege Teilnahme hervorgerufen, wie die am Sonntag stattgehabene Einweihung des Denkmals. Schon glaubte man, daß die starme Feier verregnen würde; doch aus dem trüben, regnerischen Morgen wurde ein schöner, sonniger Herbsttag.

Gegen 2 Uhr trafen die Ehrengäste sowie die Krieger- und Militärvereine der umliegenden Ortschaften ein. Sie wurden von Gewehrgruppen an den Vorleistungen in Empfang genommen und mit Musik zum Nischelberge Lokal geleitet. Hier formierte sich der Zug unter dem Kommando des Kam. Major Jolz. Unter Vorantritt des Tambourkorps des Regimentsvereins ehem. 2ter

— Wittenberg — und der Pinckert'schen Musikkapelle marschierten die Vereine mit umfassenen Fahnen hinaus zu dem herrlich gelegenen Nischelberge, wo sie zu beiden Seiten des herrlichen Denkmals Aufstellung nahmen. Während an der Spitze des Zuges ein Küroffizier und ein Alin in alter Friedensuniform ritten, hielten vor dem mit Blumen und Fahnen geschmückten Denkmal ein Doppelpfeifen, Musketieren in alter Friedensuniform, die Ehrenwache. Den Platz vor dem Denkmal hatten sich für die Angehörigen der Gefallenen, sowie für die Schule mit ihrem Lehrer und den Kriegerverein Gabitz mit der Gewehrgruppe freigehalten.

Eröffnet wurde die Feier mit dem Niederländischen Dankgebet: „Wir treten zum Toten vor dem Gott den Gerechten“, worauf der Vorsitzende des Kriegervereins Gabitz, Kam. Gröschel, die Ehrenwache und alle Anwesenden herrlich willkommenieß. Sein Gruß galt besonders dem Vorsitzenden des Kreis-Kriegerverbandes Wittenberg Kam. Major Jolz, dem Ortsvorsitzenden Pfarrer Langbein, dem Krieger- und Tambourverein Wittenberg, dem Kriegerverein Kammersberg, der Stahlblechgruppe Wittenberg, den Militär- und Kriegervereinen Kotta, Aterich und Gemmla, Meuro, Schnellin und Trebitz. Mit ehrenden Worten gedachte der Redner der Gefallenen, als sie noch ihre Söhne bezauberten und dann Haus und Hof verlassen, um dem Rufe des Vaterlandes zu folgen.

Hierauf richtete Kam. Major Jolz an die Versammelten, besonders aber an die Angehörigen der Toten warme, zu Herzen gehende Worte und betonte vor allem die vorbildliche Treue und Kameradschaft, sowie die Heldentaten des alten ruhmvollen deutschen Heeres, wovon uns schon unsere Väter erzählen und wovon wir immer wieder unsere Kinder und Kindeskindesten erzählen sollen. So soll auch das Denkmal ein sichtbares Zeichen von Treue und Kameradschaft sein, eine immerwährende Mahnung an das lebende Geschlecht, um eine Stunde deutscher Heldentaten an die Nachwelt. Mit Worten des Dankes an die Helfenden gab Redner das Zeichen zur Entlassung.

Unter präzisen Worten ließ sie die Hülle. Die Fahnen senkten sich, Scharen der Trauer legten sich auf die ernennt Gesichter der Anwesenden und erschütternd lautete man den Klängen der Musik „O du mein Kameraden“. Einfach und schlicht, wie es die Gefallenen immer gewesen sind, steht das Denkmal mit den 18 Namen der Toten und der Andriest. „Seinen tapferen Helden die dankbare Gemeinde Gabitz“, vor uns.

Mitbedeutung von Redner der anwesenden Vereine, der Gemeinde und der Angehörigen, sowie drei Ehrenjahren ehrten das Andenken der Toten.

Das nachstehende Gedicht:

Fern, fern im Osten, da gähnt ein Grab;  
 Da senkt man zu laufend die Toten hinab  
 für uns!  
 Im Westen, da ragt manch Kreuz schlicht und Klein,  
 Da liegen sie faun in langen Reih'n  
 für uns!  
 Und wo im Winde rauschet das Meer,  
 Da gaben sie freunig ihr Leben her  
 für uns!  
 Sie opferten Sühnen im Augenblick;  
 Sie kehrten nie wieder zur Heimat zurück  
 für uns!  
 Sie gaben ihr alles, ihr Leben, ihr Blut;  
 Sie gaben es hin mit heiligem Mut  
 für uns!  
 Und wie? Wie können wir weinen und beten  
 für sie, die da liegen bleich, blutig, zerstreut  
 für uns!  
 Denn es gibt keine Dank für sie, die das Opfer zu danken.  
 Und es gibt keinen Dank für sie, die da janken  
 für uns!

von Fraulein Hildegard Nischke mit Ausbruch gesprochen, leitete über zu der Gedächtnisrede des Pfarrers Langbein. Unter Zugrundelegung des Platzes 94, Vers 14 und 15: „Der Herr wird sein Volk nicht verlassen, noch sein Erbte verlassen. Denn Recht wird doch Recht bleiben, und dem werden alle frommen Herzen zufließen“ führte Pfarrer Langbein u. a. aus: Dieser Gedanke erinnert uns nicht nur an die 18 gefallenen Helden von Gabitz, die wir allezeit in ebendem Andenken behalten sollen, sondern an das Aienopfer der 2 Millionen für das Vaterland gefallenen Brüder. Wir haben sie im Geist alle aufmarschieren von allen Kriegsschauplätzen, wie ihre Leiber einen lebendigen Wall um Deutschlands Grenzen gebildet haben, so sind es jetzt die Aienopfer der 2 Millionen, welche die Grenzen Deutschlands umflumen. Eine Mahnung Kindes- und Kindeskindern die großen Taten ihrer Väter nicht vergessen zu lassen.

Wenn der Kampf um unsere Erde, Freiheit und Unabhängigkeit ist noch nicht zu Ende. Aber Gott wird unser Volk, wenn es sich zu ihm bekant, nicht verlassen, noch sein Erbte verlassen. Durch allen Wut von Ungeduldlichkeit muß sich doch das Recht durchsetzen, indem ihm gebührenden Platz an der Sonne wieder zu erhalten, hindurchbringen; denn Recht muß doch Recht bleiben. Dann wird aus der großen Pflicht unser gefallenen Brüder die rechte Frucht hervorbringen und das wird der schönste Dank für die Helden sein, die ihr Leben für das Vaterland dahingegen haben, wenn unserm Volk das Recht gewährt und anerkannt wird, was mit dem Begriff von Ehre, Freiheit und Vaterland unumgänglich notwendig ist.

Anschließend dankte der Vorsitzende des Kriegervereins Gabitz allen, die zur Verherrlichung der Feier beigetragen haben, der Gemeinde für den zur Verfügung gestellten Platz, den Handwerker für die geleistete Arbeit, sowie allen Gemeindegliedern für die freizügigen Spenden.

Mit der Mahnung an die Jugend: Vergeßt die treuen Toten nicht, werdet Helden so wie sie, übergab Redner das Denkmal dem Gemeindevorstand in treue Obhut, worauf die Musik den letzten Vers des Niederländischen Dankgebetes intonierte.

Mit klingendem Spiel und musikalischen Vorführen der Helden wurde durch das mit Guitardlen und Fahnen reich geschmückte Volk, womit die erste, erhebende Feier ihren Abschluß fand.

Das Denkmal, hergestellt aus Mischelkalk, steht mitten im Walde auf der rechten Seite des neu angelegten Friedhofes der Gemeinde Gabitz. Es besteht aus einem 1 cbm großen Würfel, der auf einem vierseitigen 2 m langen und breiten Sockel ruht. Auf dem Würfel befindet sich ein kleiner, vierseitiger Aufsatz und darauf ein 6 Eimeres Kreuz mit den Jahreszahlen 1914 und 1918. An der Vorderseite des Würfels stehen die Namen der 18 Toten:

Emil Fischer	gef. 1. 10. 1914
Wili Rindsch	— 24. 11. 1914
Otto Felske	— 30. 6. 1915
Richard Aungis	— 15. 9. 1915
Wilhelm Quilitzsch	— 26. 3. 1916
Karl Meher	verm. 10. 8. 1916
Frudrich Richter	gef. 1. 10. 1916
Albert Koch	— 30. 10. 1916
Otto Fischer	— 4. 1. 1917
Albin Jahn	— 2. 5. 1917
Richard Meher	— 17. 4. 1917
Geswob Oeller	— 27. 5. 1917
Otto Lehmann	— 14. 8. 1918
Paul Eriehson	— 14. 6. 1918
Arthur Weber	— 23. 9. 1918
Kurt Alinert	— 30. 9. 1918
Heremann Schmitt	verm. 11. 11. 1918
Otto Freitald	gef. 24. 12. 1918

## Neuheiten

in  
**Handtaschen**

Aktentmappen — Einkaufsbeutel  
Portemonnaies, Brieftaschen  
Zigarren- u. Zigarettenetuis, Reisekoffer

empfiehlt in reicher Auswahl und zu billigen Preisen

### Richard Arnold :: Kemberg

Leipziger Strasse und Markt

**Prima Speise-Kartoffeln** **Speise-Kartoffeln**

gibt ab zu verkaufen  
Karl Naß, Wittenberger Str. 62 **Töpferstraße 18**

Jetzt kommen Sie auch mit Tinte durchschreiben



Richard Arnold, Buch- und Papierhandlung  
**Kostenanschlag-Formulare** empfiehlt ab Lager Rich. Arnold.

**Prima frisches Rindfleisch und Fleck**

empfiehlt Heinrich Schneider  
**Kreuzhirs-Süddeutsche Klaffenlotterie**

Von 100 Loten gewinnen 43 1/2 Lose.  
 Spielkapital über 114 Mill. RM.  
**Ziehung 1. Klasse 21. und 22. Oktober**  
 Lose in allen Abteilungen vorräig.

1/8	1/4	1/2	1/1 Ros
5	10	20	40

Staatliche Lotterie-Einnahme  
**Weffeschmidt, Wittenberg**  
 Mittelstr. 62, gegenüber Café Richter  
 Telefon 2211

**Lose**  
 erhältlich bei  
**Richard Arnold, Buchhandlg.**

**Zahn-Atelier**  
**Fr. Genzel**  
 Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen  
 Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam  
 Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuk, Gold u. unedlen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützähne.  
 Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

**Sammellagen**  
 empfiehlt in allen Preislagen  
**Richard Arnold**

## Harzer Grüne-Bühnen-Lotterie

Ziehung: 19. Oktober 1932

Einzellos 50 Pf. — — — Doppellos 1.— Mk.

Gewinnplan:

<b>2 Hauptgewinne</b>	1 Automobil oder 1 Wochenendhaus im Werte von je RM 4000	RM 8000
<b>2 Gewinne</b>	1 Speisezimmer oder 1 Motorrad im Werte von je RM 1000	RM 2000
<b>2 Gewinne</b>	Herrenzimmer, Schlafzimmer, Leichtmotorrad im Werte von je RM 500	RM 1000
<b>4 Gewinne</b>	Radio-Apparate, Kücheneinrichtung oder Guttschein im Werte von je RM 250	RM 1000
10 Gewinne	im Werte von je RM 100	RM 1000
20	" " " " " " " 50	RM 1000
50	" " " " " " " 20	RM 1000
100	" " " " " " " 10	RM 1000
200	" " " " " " " 5	RM 1000
500	" " " " " " " 2	RM 1000
7000	" " " " " " " 1	RM 7000

7890 " " " " " " " RM 25000

Auf Wunsch Auszahlung bei Gewinnen über RM 2 mit 90% in barem Gelde  
 Lose zu haben bei  
**Richard Arnold :: Buchhandlung :: Kemberg**  
 Leipziger Straße und Markt

**Achtung Hausfrauen**  
 Bin morgen Donnerstag, nachmittags ab 3 Uhr mit einer Ladung **Mus- und Einmach-Pflaumen**  
 am Kemberger Rathaus. Stelle selbige preiswert zum Verkauf  
**Otto Dorbrich, Wittenberg**

**Raupenleim**  
 in besten Qualitäten  
**Raupenleimringe**  
 empfiehlt **Rudolf Suhm**

**Haft neue Kartoffel-Schlender**  
 umhändehaber zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg.

**Zwei Mädchen oder Frauen**  
 zum Kartoffel-Ausmachen gesucht  
**Amin Pöfers, Gabitz**

**Mädchen für Landwirtschaft gesucht.**  
 Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieser Zeitung

**Krieger- u. Landwehr-Verein**  
 Mittwoch abend 1/2 9 Uhr bei E. Tramer (Sopfenblüte)

**Bersammlung**  
 Vortrag des Kam. Pfarrers Langbein über Weltkrieg, Anträge und Berichtedenes. Erscheinen ist Pflicht.  
**Der Vorstand.**

# Beilage zu Nr. 115 der Kemberger Zeitung

Donnerstag, den 29. September 1932.

## Herriots neue Dekrete

### Wieder schwere Angriffe gegen Deutschland.

In Gramat gab der Präsident des Finanzausschusses der Kammer, Malvo, zu Ehren des französischen Ministerpräsidenten Herriot ein Essen.

Herriot wandte sich zuerst gegen die Errichtung des Reichstatoriums für Jugendberufshilfe, das die Aufgabe habe, die Jugend zum Friseur vorzubereiten. Nachdem er einen französischen Friedensliebhaber betont hatte, erklärte Herriot:

Wir stellen mit Freuden fest, daß wir nicht die einzigen sind, die erklären, daß eine Wiederaufrichtung Deutschlands die Wiederkehr neuer Wahnsinnigkeiten bedeuten würde. Denn es handelt sich um eine Wiederaufrichtung Deutschlands. An Beweisen dafür mangelt es auch außerhalb der sehr deutlichen Kundgebung nicht.

Ein Minister, der uns ständig unsere angebliche Absicht der Vorherrschafft vorhält, enthält die in der diplomatischen Note mit großer Zurückhaltung angebotenen Absichten. Er erläutert die materielle Ausführung, die er verlangt, und den Charakter der Vorgehens, die er fordert.

Der Erlass vom 13. September organisiert die Jugend in einer Weise, die sie dazu eigenen soll, Waffen zu tragen. Es ist eine der größten Freigabezeiten unserer Zeit, wenn man zusehen muß, wie die neue Generation, die eigentlich von der fruchtigen Erziehung ihrer Väter gelernt haben sollte, zu Lebnen herangezogen und an Handlungen gezwungen wird, die nichts mit der moralischen Abrüstung und mit dem Frieden gemeinsam haben.

Frankreich, das sehr oft verleumdet wurde, kann die Welt zum Zeugen anrufen, daß es nicht von dieser Art der Unterwerfung ist und daß es seine nationale Erziehung auf andere Weise einstellt.

Herriot ging im weiteren Verlauf seiner Rede auf Abmachungen angedeuteter Militärischer ein, aus denen sich ergibt, daß Deutschland ein mächtiges Heer aufstellen würde, nicht nur zur Aufrechterhaltung der Landesverteidigung, was man als vollkommen berechtigt erkennen würde, sondern als Angriffswaffe. Hier tauchen Erinnerungen aus den vergangenen Jahrhunderten auf. Man müsse sich fragen, ob Deutschland heute wie zur Zeit der Befreiungskriege nicht ein Heer oder gar ein doppeltes Heer aufstellen wolle, um einen entscheidenden Schlag gegen den Gegner zu führen.

### Zur Frage der Abrüstung

erklärte Herriot u. a., es sei wahr, daß die Verbündeten des letzten Krieges verpflichtet hätten abzurufen, Man verselle zu all dem, was in dem Vertrag des V. Teils des Versailles, sondern auch das von Clemenceau im Namen der Verbündeten überreichte erläuternde Dokument, das feststellte, daß die Abrüstung Deutschlands den ersten Schritt zur allgemeinen Abrüstung darstellt. Die englische Denkschrift vom 15. September zeigt deutlich, daß das Vorwort des V. Teils des Vertrags nicht seinen verbindlichen Charakter verloren und daß der einzige Hinweis auf die Art, wie die Abrüstung vorzunehmen sei, in der sehr allgemein gehaltenen Absaffung des Artikels 8 der Abrüstungsbedingungen enthalten ist. Frankreich beabsichtigt, diesen Artikel 8 und die in ihm enthaltenen Verpflichtungen sehr loyal zu achten. Herriot führte dann als Beweis die Herabsetzung der Dienstzeit in Frankreich und die Herabsetzung der Heeresstärke an.

Der Redner ging dann weiter auf die Frage der Sicherheit ein. Er werde nicht müde werden, darauf hinzuweisen, daß im Sinne des Gesetzes und des Zusatzen des Artikels 8 der Abrüstungsbedingungen Frankreich, das die Abrüstung mehr beabsichtige als irgend wer, diese in der Sicherheit wünsche.

Schiedsgerichte, militärische und wirtschaftliche Sanktionen seien notwendige Voraussetzungen für die Lösung des Problems. Die Völker wünschten den Frieden, aber noch mehr die Sicherheit.

Herriot zitierte aus dem Manifest von 1917 die Stellen über die gegenseitige Stillsetzung und erklärte, daß diese von den Sozialisten damals zum Ausdruck gebrachte Doktrin auch die letzte sei.

Ich glaube, zu wissen, fährt Herriot fort, daß hervorragende Mitglieder des Völkerverbundes augenblicklich ein Programm studieren, durch das die Abrüstung in ein Verhältnis zur Sicherheit gebracht werden soll.

Herriot wies dann darauf hin, daß Frankreich das Rheinland früher geräumt habe. Nach dem Inkrafttreten des Young-Planes habe Frankreich schwere Opfer an seinen Reparationsforderungen gebracht; man habe ihm aber für alles keinen Dank gezollt.

Frankreich, so schließt Herriot, ist ruhig, abgeklärt und sich seines guten Gewissens bewußt. Es erklärt sich bereit, zu allen lokalen Abmachungen, die die territoriale und politische Unabhängigkeit aller Nationen sicherstellen. Es hat nur einen Wunsch, nämlich den, nach einer schweren Prüfung die Kinder, die ihm verlobt sind, in Ehren und in Frieden zu erziehen.

## Dapen antwortet Herriot

Berlin, 28. September.

Reichsanstalt von Dapen empfang den Chefdeputierten des WTB, der an den Reichsanstalt die Frage richtete, ob er in der Sache im Auftrag des Herrn französischen Ministerpräsidenten eine Förderung der Abrüstungsabstimmung erwünsche. Der Reichsanstalt erwiderte:

Leider muß ich dies verneinen. Ich sehe darin nur eine neue Erschwerung jeder Verständigung und eine Bestätigung der völlig negativen Auslegung der französischen Note vom 11. September. Das kann nicht verwunden. Denn als Herr Herriot der sich in Genf zu diplomatischen Verhandlungen während der Konferenzpausen bereit erklärt hatte, unseren ersten Schritt zur Anbahnung solcher Verhandlungen öffentlich bekanntzugeben und danach noch ehe er uns antwortete, eine große Anzahl dritter Staaten mit der deutschen Anregung beauftragen — ohne unsere Einwilligung hierzu vorher einzuholen, wie es die Logik und zum mindesten die Courtoisie verlangt hätte — schon damals war es klar, daß Frankreich seine Verständigung wänke.

Dazu kommt eine Reihe französischer Kundgebungen — von denen die Rede in Gramat die vorläufigste ist — die die Beziehungen auf den Kopf zu stellen und die Vorteile zu verteilichen suchen. Daher liesse ich fest: Es handelt sich nicht um die deutsche Abrüstung, sondern um die Einlösung des Abrüstungsverprechens der anderen Mächte. Von deutscher Aufrüstung ist keine Rede, sondern von deutscher Gleichberechtigung und der gleichen Behandlung Deutschlands auf der Abrüstungskonferenz. Die Abrüstungskonferenz ist ohne Vorbehalt hinsichtlich der deutschen Gleichstellung einberufen und eröffnet worden. Deutschland ist vor sechs Jahren ohne Vorbehalt hinsichtlich seiner Gleichberechtigung in den Völkerverbund aufgenommen worden und selbst in Versailles von den Siegermächten nicht geteilt haben. Deutschland die unvorhersehbaren Bedingungen aufzulegen, hat niemand die ständige Disqualifizierung Deutschlands auf militärischen Gebieten zu fordern gewagt.

Auch der Ausgangspunkt der jetzigen Erörterung ist verkehrt worden. Nicht wir haben den Zeitpunkt für die Erörterung dieser Frage gewählt, vielmehr hat die Konferenz gegen unser Willen Beschluß gefaßt, die die Frage der deutschen Gleichberechtigung auf werden lassen. Die Frage, die sie gestellt hat und die weder in der französischen noch in der englischen Meinungsäußerung bisher beantwortet worden ist, lautet: Welche Anwendung finden die Beschlüsse der Abrüstungskonferenz auf Deutschland?

Wir verlangen selbstredend, daß die Abrüstungskonvention, auf die die Welt schon so lange hat warten müssen, auf uns ebenso anwendbar sei wie auf alle anderen Staaten. Unsere praktischen Forderungen, die sehr zu unredlich als Ausführung verstanden werden, befragen nichts anderes, als daß wir — selbstverständlich im Rahmen der Konvention — dieselbe Freiheit der Anpassung unserer Rüstungen an andere soziale und nationale Bedürfnisse verlangen, die jedem anderen Staate zusteht.

Wir haben angeboten, über Art und Umfang dieser Anpassung zu verhandeln. Ferner fordern wir, daß wir mit gleichem Maße hinsichtlich der Rüstungsfaktoren gemessen werden, wie andere auch. Das Recht auf Verteilung hat uns niemand abstrahieren können und wollen auch Herr Herriot nicht. Daß wir dieses Grundrecht jedes

Volkes ausüben können, darin gipfeln die Forderungen, die nicht nur der für die Landesverteidigung verantwortliche Minister, sondern die gesamte Reichsregierung einmütig erhoben hat.

Wir haben niemals verlangt, uns in demselben Umfang zu beschränken, wie dies Frankreich und andere Staaten tun. Wir erstreben den Rüstungsausgleich durch Senkung des allgemeinen Rüstungsniveaus. Immer wieder haben wir erklärt, daß uns jede Rüstungsbeschränkung recht ist, wenn sie nur auf alle ausgeht und, daß uns in keiner Hinsicht die Abrüstungskonvention zu weit gehen kann. Die Rede von Gramat beweist aber von neuem, daß man gewillt ist, mit zweierlei Maß zu messen.

Trotz ihres geringen Umfanges soll die Reichswehr als Angriffswaffe betrachtet werden, während angeblich die gewaltige Mehrmacht anderer Länder lediglich der Verteidigung dient. Wir sollen uns mit juristischen Sicherheitsanknüpfungen begnügen, während andere Staaten daneben den größten Teil ihrer ungeheuren militärischen Rüstungen beibehalten wollen.

Wenn der französische Ministerpräsident befragt, daß man Kindern die Kunst des Fechtens lehre, überläßt er völlig, daß gerade in Frankreich die militärische Jugendvorbereitung seit Jahren in großen Stile betrieben wird, und daß der Gelegenheitsunterricht über die „preparation militaire de la jeunesse“ einen wesentlichen Bestandteil der französischen Heeresreform darstellt.

Darauf abgelehrt wird nach wie vor jeder junge Franzose, der körperlich tauglich ist, im Waffenhandwerk ausgebildet. Demgegenüber ist festzustellen, daß die sportliche Erziehung der deutschen Jugend gemäß der Verordnung vom 13. September keinerlei militärischen Charakter trägt. Was sollen derartige unzureichende Vorbildungen, und was sollen die wiederholten Drohungen mit angeblichen Entschüffungen? Dies alles kann nur der Verständigung entgegenwirken.

Mit Erläuterungen habe ich die Angaben über die angeblich zu erhebliche französische Heeresverminderung gesehen. Was in dieser Hinsicht gesagt, ist weit weniger eine Abrüstung als eine Umriistung, die das Schwergewicht der französischen Armee in die Reserve und in das Material verlegt. Zeugt es etwa von Abrüstung, daß die französischen Militärausgaben in sechs Jahren um einhundert Prozent gestiegen sind? Jeder militärische Besuchte weiß, daß heutzutage die Stärke einer Armee in ihrem technischen Kriegsmaterial begründet ist. Keine Aufstellung der französischen Heeresstärke kann als zureichend angesehen werden, die die vielen tausend schweren Geschütze, Tanks, Flugzeuge usw. veranschlagt.

Frankreichs Ministerpräsident befragt sich zu Unrecht über Deutschlands Umänderung. Sollen wir etwa dann wegen für einen Auszubereitungsbeschluß, den uns der Handelsvertrag in Auswirkung der Weltwirtschaftskrise gebracht hat? Dann für die Schuldenbremse wäre am Plage gewesen, wenn diese vor einem Jahre erfolgt und der großzügige Moratoriumsvorschlag des Präsidenten Hoover zur vollen Auswirkung gegenüber der Weltreise gelangt wäre. In Kaufmann haben unsere Gläubiger lediglich das Recht aus einer unvollständigen Vereinbarung gegen Deutschland, daß niemand für ein Opfer der drei Milliarden geknast, das es der Verständigung der internationalen Zusammenarbeit und dem europäischen Wiederaufbau gebracht hat. Dann für die Rheinandrängung kann nur verlangen, wer sich eine Vorstellung von dem Leben der deutschen Bevölkerung unter dem Regime einer feindlichen Besatzung machen kann. Mit Vorwissen solcher Art fördert man nicht die Neugeistaltung der politischen Verhältnisse.

Deutschland ist nach wie vor zu jeder Lösung des Abrüstungsproblems bereit. Die mit seiner Ehre und seiner Sicherheit vereinbar ist. Deutschland kann nicht zugeben, daß auf dieser Konferenz der Sinn der Abrüstung verstoßen wird, indem die Rüstungsmomente eine unvornehme Bewertung erfahren und die einzelnen Staaten mit zweierlei Maß gemessen werden. Wir verlangen für uns keinerlei Sonderrechte, sondern lediglich die gleiche Behandlung wie alle anderen Staaten. Erst wenn die Völker den wahren Kern des Problems erkannt haben, werden sie die Verständigung zu fördern trachten, die im Augenblick die lebendige Verhandlungsbereitschaft der Staatsmänner zu vereinen droht.

Danach Schweigen! Eine stundenlange Pause, die alles Anwesenden und besonders dem Herrn Aufnahmemeister eine kleine Ewigkeit dünkte.

Endlich prang das Kind zu Stefan hin, stehend zu ihm emporschauend: „Glauben Sie auch, daß ich ein Dieb bin?“ Wie lebend, wie unglücklich trauzig diese tragende Kinderstimme klang! Sie mußte erfüllt werden. Kampen schüttelte stumm lächelnd den Kopf und drückte den Kleinen rauh an sich, um seine innere Kühlung zu verbergen. „Ach denke, Sie sind jetzt überzeugt, Fraulein Millalobas!“ lagte er dann iher!

„Ganz im Gegenteil, mon cher! Wir fehlt zu jeder Weisheit!“ Raquel empfand eine milde Freude daran, sich jetzt an ihm rächen, der sie tet gefürnt.

Der Schauspieler aber war ihr nur einen eisigen, verächtlichen Blick zu, nach dem Knaben bei der Hand und ging hinaus.

Schnell folgte ihm der Regisseur.

Roxy Hudjon, die Mexikanerin und Buße blieben allein zurück. Der Detektiv paffte die funktvollsten Ringe aus seiner Zigarette in die Luft und schien ganz vertieft in dieses Konzentrat zu sein. Die Strone eines Damiers leuchtete und verwehmlichte. Sie erinnerte die Fildindio an die bevorstehende Abreise. „Mon dieu, nun ist schon ein Tag vergangen! Aber weiß, wo meine kostbaren Juwelen sich jetzt aufhalten!“ Dabei tolettierte sie mit dem einzigen Brillantring an ihrem rechten Ringfinger, der ihr noch geblieben war.

„Wohlthut find sie gar noch im Hotel,“ meinte der Detektiv gleichmütig.

Buße dachte wie über einen gelungenen Dieb.

„Sie überzen? Nein, ein gemeiner Dieb ist schon lange über alle Berge und hat den Schmutz längst in Geld umgelegt —“

„Aber das wäre ja entsetzlich!“ fiel ihm Raquel aufgeregt ins Wort.

„Nur ruhig Blut, meine Gnädigste! Ich glaube ja denjenigen, daß der Kleine Laufjunge den Juwelen haben genommen hat. Kann mir nicht helfen.“ lagte der Aufnahmemeister wieder und zuckte mit den Achseln. (Fortf. 1.)

## Der Aberglaube des Stefan Kampen

ROMAN VON KATHE BÖNKER

(30. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)  
Ein paar Hotelgäste traten jetzt grüßend hinzu. Haben Sie schon gehört, daß der Baron Heyemann von Zimmer 117 eben am Heringslag geforschen ist?“ erzählte eine Dame ganz aufgeregt. „Was? Wie? Nicht möglich! Das ist ja furchtbar!“ schwirrte es von allen Seiten durchs Saal.

Er hätte allerdings einen schweren Herzfehler gehabt, sei nun ganz plötzlich umgefallen und sofort tot gewesen!

Stefans kühle Augen wanderten zum Fenster hinaus, wo sie an dem grünen Blättergewirr eines Baumes blauen blieben. Es ist doch ein wahres Wort, wenn es heißt: „Ein Unglück kommt nicht allein“ — fuhr es ihm zärtlich durch den Sinn. „Aber auch zwei!“ — anheimelnd doch nicht genug. Alle guten, alle — mehr noch — alle schiefen Dinge sind drei! Peters Verschwinden, — der rätselhafteste Mordfall — und jetzt der Tod dieses so jungen sympathischen Barons! Drei, drei, immer diese dreifache, geheimnisvolle Dreizahl! Zwei Brigitten hatte er verloren. . . Stefan wollte solchen vernichtenden Gedanken ausweichen. Aber er kam ihm immer wieder entgegen. Kräfte ließ ihn ihm fest und ließ ihn nicht mehr los.

Er schloß es angstvoll, auch Brigittie, seine dritte Brigittie, er verlor sie! Jetzt am 8. August! Traurig, ganz elend blickten seine Augen zu dem geliebten Mädchen hinüber. Sie lag inmitten der andern, und sie trug als einzige die Krone der Reifeheit. Aber in seiner transthaften Bananfalte glaubte er auch das Zeichen des Todes auf ihrer Stirn zu sehen. Sein Blick hing an ihren schon gelblich gewordenen, doch so unendlich hübschen über der Hals hinunter wachsenden Augenbrauen. Endlich erhob sich der Schauspieler. Sein Gesicht erliefen Schweiß und Gänsehaut.

„Wo Sie sind auch, lieber Subjon, daß man fürs erste jeden Stand vermeiden und den armen Hoteldirektor mit der peinlichen Geschichte verhöht?“ Mit diesen Worten reichte Buße dem Film-Detektiv äußerst zuvorkommend Feuer für seine Zigarette.

„Thant you! Aber selbstverständlich, mein Bestler!“ Roxy sah ihm mit undefiniertem Lächeln in die Augen. „Wir werden die Juwelen schon noch finden!“

„Aber wir reiten doch schon übermorgen“, fiel ihm die Mexikanerin lebhaft ins Wort.

Statt aller Antwort umschlang und küßte er sie. Und das kam so blüßig und selbstverständlich, daß die schöne Raquel nicht einmal Zeit fand, empört zu tun.

„Eure Sorgen möchte ich haben!“ machte Roxy mit einem pathetischen Augenaußschlag und drehte sich dabei um seine eigene Achse.

Der Aufnahmemeister bog sich vor Neugier, und sogar über das Gesicht der Millalobas glitt der Schein eines Lächelns. Herr Hudjon ging daphilhaft komisch dabei. „Ach küße Ihre Hand, Madame!“ pfeifend und knallte dann die Tür hinter sich zu.

„Ich soll den Schmutz gehöhen haben?“ Peters große Augen waren angstvoll aufgeregten. Hilflos blickte er zu Walter und Stefan. Die Mexikanerin nahm ihn bei der Hand und legte ihn dicht neben sich auf den Diwan. Ein Hauch von ihrem französischen Parfüm beläutete ihn. Mit ihrer schlanken Hand hob sie sein Kinn empor und sah ihm mit einer Mischung von auferweckender Freundlichkeit und gepfeifter Traurigkeit ins Gesicht. „Sag, Peter, warum bist du denn dann vor mir geflohen?“

„Da geht ein herbes Jucken durch den schlanken Kinderkörper. Der Junge wird liebensbald.“ „Nein, nein, das kann ich nicht sagen!“ Sein Mund bebte in verhaltenem Weinen, endlich rinnen ihm langsam die Tränen von den Wangen.

Jetzt lächelt Raquel kalt. „Ihr triumphierender Blick geht zu Aufnahmemeister Buße herüber, der ihn ebenso erwirbt.“

„Reiner“, lagte er mit einem gemäßigten, breiten Grinsen im Gesicht. „Du sagst man schon, daß du's gemelten bist. Wir reiten dir ja nicht den Kopf ab!“



# Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Gefolgt wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Illustriertes Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,35 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,50 M., in den Entfernorten 1,50 M., durch die Post 1,55 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streich usw. entfällt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbpaltene Perzeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbpaltene Zeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Übergabe unbedingt erforderlich oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. Beilagengebühr: 10.— M., das Taxieren, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 115

Donnerstag, den 29. September 1932

34. Jahrg.

## Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 29. Sept., abends 8 Uhr, im Rathaus

1. Verteilung und Genehmigung der letzten Niederchrift,
2. Vortrag des Herrn Dir. Büttner vom Arbeitsamt Wittenberg über den freimilligen Arbeitsdienst,
3. Einführung einer Hühnersteuer,
4. Zuschlagserteilung für Grundstücksverpachtungen,
5. Ankauf eines Grundstücks,
6. Landverkauf an den Provinzialverband für Chauffeure-erweiterung,
7. Kennzeichnahmen,
8. Dringlichkeitsanträge.

Erhöhenbesucher haben nur Zutritt gegen Abgabe von Einlagarten, die die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an ihre Wähler ausgeben werden. Die früheren Einlagarten sind ungültig.  
Kemberg, den 28. September 1932.

### Der Stadtverordnetenwohlfahrer.

Die Stelle des **Nachwächters** der Stadt Kemberg ist baldigst zu besetzen. Schriftliche Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen sind zu richten an den **Magistrat**.

## Hilfe für die Landwirtschaft

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Freiherr von Braun, hielt auf der Vollerkrankung des Bayerischen Landwirtschaftsrates in München eine Rede, in der er erklärte:

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung enthält nur wenige Maßnahmen, die die Landwirtschaft unmittelbar betreffen. Es soll der industriellen Arbeitslosigkeit Steuern, die unser deutsches Volk in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung bis ins Mark getroffen hat. Diese industrielle Arbeitslosigkeit spiegelt sich wieder in mangelnder Kaufkraft der Bevölkerung und ungenügendem Absatz landwirtschaftlicher Produkte.

### Die mangelnde Kaufkraft

Die Landwirtschaft weiß, daß das Arbeitslosenproblem der Städte in eminenten Maße auch ein agrarisches Problem ist.

Es ist leicht zahnemäßig nachzuweisen, wie stark der Konsum an Milch, Butter und Käse, an Obst und Gemüse, infolge dieser mangelnden Kaufkraft zurückgegangen ist. Inwieweit darf man also die Wirkungen des genannten Wirtschaftsprogramms auf die Landwirtschaft nicht unterschätzen, aber allein mit Erhöhung der Kaufkraft des Städtlers ist die Not der Bauern nicht zu bannen.

Die Wänten unierer Veredelungswirtschaft ist nicht zuletzt eine Folge der einseitig auf Förderung der Exportindustrie bedachten Handelspolitik der Nachkriegszeit, die zwecks Steigerung der deutschen Exportleistung an anderer Länder auf industriellem Gebiet dadurch erreichte, daß von uns zahlreiche Verabreichungen landwirtschaftlicher Güter bewilligt wurden.

Die Ueberflutung des inländischen Marktes mit ausländischen Agrarprodukten war die Folge.

### Vermeidung des Zusammenbruchs

Heute leidet der Jeder für sich auf 68 Prozent des Lebenspreises, der Index der landwirtschaftlichen Bedarfsartikel mit Ausnahme der Dingenmittel dagegen auf 110 der Befriedigungsgegenstände auf 115,3, der Soziallasten auf 300 Prozent der Vorkriegszeit. Das sind Zustände, die zum völligen Zusammenbruch des bei weitem größten Zweiges der Landwirtschaft, unweigerlich führen müssen.

Nun gibt es ja immer noch Fanatiker, die glauben man könne das deutsche Volk auf die Dauer allein aus dem Export erhalten und billige Nahrungsmittel einführen. Ganz abgesehen davon, daß die Behebung des landwirtschaftlichen Bauern für den Staat höher einschlägige fürchte ich, wird man auch nicht unrecht behalten; denn die Entwicklung hat gezeigt, daß wir den Export nicht in der Hand haben.

Der Rückgang der Exportwerte von 1929 auf 1932 von 14,5 auf 6,5 Milliarden Mark spricht eine klare und eindeutige Sprache.

Die Reichsregierung ist entschlossen, zum Schutze einheimischer Produktion die Uebererzeugnisse zum Anstand, deren wir mit Völlen nicht Herr werden können, von unseren Grenzen fernzuhalten, und hat beschlossen, die Einfuhr irgendiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu kontingentieren:

Verschiedene Sorten Bohn, Tomaten, Zwiebeln, Schnittlauch, Tafeltrauben, die wichtigsten Sorten Obst, Ael, Apfelsinen und Bienenholz, Schlachtkinder, Speck und

## Grad der Kontingentierung

Die Reichsregierung hat für diese Erzeugnisse bereits bestimmte Kontingentsätze festgelegt. Vor deren Berücksichtigung ist die mit Rücksicht auf die handelspolitische Lage mit den beteiligten Ländern in Verbindung getreten.

Es geht nicht an, daß z. B. deutsches Gemüse — wie das in zahlreichen Fällen vorgekommen ist — von unseren Fernlieferanten auf den Kontingentsplanen geworfen werden mußte, weil Auslandsware den Markt derart überschwemmt, daß die Produkte unerkennbar bleiben; es geht nicht an, daß die Einfuhr von Äpfeln von Amerika ohne Rücksicht auf die Einfuhr von Äpfeln aus anderen Ländern auf längere Sicht den heimischen Produzenten schweren Schaden anrichtet.

Ich gebe bei dieser Gelegenheit der Hoffnung Ausdruck, daß es unseren Nachbarländern gelingen möge, durch Beschränkung ihrer Erzeugung das Gleichgewicht ihrer Wirtschaft wiederzufinden. Dem Lande mit der größten Weinbaufläche noch ein spezielles

### Wort zum Weinbau.

Seine Lage ist infolge der gelinkenen Kaufkraft der Bevölkerung verzwweifelt. Auch eine Kontingentierung hätte derzeit nicht geholfen. Die Reichsregierung will aber den Winzerstand durch eine großzügige Entschuldung und eine den Belangen des Weinbauers Rechnung tragende Regulierung der alten vom Reich gegebenen Winzerkredite helfen.

### Druck der Zinsen

Von der Seite der Preise allein ist der Landwirtschaft jedoch nicht zu helfen. Vor allem sind es die Zinsen, die dem Landwirt ein nicht mehr tragbares Joeh auferlegen.

Die deutsche Landwirtschaft hat in jedem der letzten drei Jahre 1,2 Milliarden Mark zugezahlt: 60 Prozent des Kleinleihen, 70 Prozent des Mittelkredits, 80 Prozent des Großkredits haben ihre Zinsen nicht aus ihren Betriebsüberschüssen sondern aus der Substanz bezahlt.

Die Reichsregierung hat sich daher auf dem Gebiet der Hypothekenzinsen zu folgendem Beschlusse entschlossen:

### Erste Erleichterung

Die von den Landwirten für langfristige Hypothesen in den nächsten beiden Jahren zu tragende Zinsen wird um 2 Prozent, jedoch nicht unter 4 Prozent — auf das Jahr gerechnet — erleichtert.

Der Landwirt hat diese 2 mal 2, also insgesamt 4 Prozent, die er in den beiden nächsten Jahren nicht zu zahlen braucht, bei den Tilgungshypothesen erst am Schluß der Tilgungsperiode zu entrichten, ohne daß Zins und Zinseszins dafür berechnet wird. Auch bei den Hypothesen, die keiner Tilgung unterliegen, soll der fortfallende Zins auf 2 mal 2 = 4 Prozent bei der Rückzahlung des Darlehens gegliedert werden, jedoch in voller Höhe nur dann, wenn die Rückzahlung nach etwa 5 Jahren erfolgt. Bei früherer Rückzahlung des Hypothekendarlehens ermäßigt sich der nachträgliche Zins auf 1 mal 2 = 2 Prozent.



den Vergleich bietet die Vollerkrankung den Weg in der Form eines auf die landwirtschaftlichen Bedürfnisse abgestellten besonderen Vermittlungsverfahrens zwecks Aufstellung eines Schuldenregelungsplanes für landwirtschaftliche Betriebe.

Es ist vorgehoben, daß für den Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes, bei dem Aussicht auf einen Vergleich besteht, beim Amtsgericht ein Vermittlungsverfahren eröffnet wird, in welchem eine geeignete Vermittlungsperiode ein Schuldenausgleich zwischen Gläubiger und Schuldner herbeiführen muß. Während der Lauf des Monats befindet sich der Betrieb des Verwalters soll der Schuldner vorzugsweise auf sein Grundstück in bestimmten Umfang geschätzt werden.

### Rückigungsrecht

Unter den gleichen Voraussetzungen soll dem Pächter die Möglichkeit gegeben werden, gegen eine Kündigung des Verpächters das Pachtverhältnis anzurufen.

Entschlossen ist der für Milderungsbedingungen bis zur diesjährigen Ernte gegebene Vollstreckungsschutz bis zur nächsten Ernte verlängert worden.

### Wieder Fleischerbilligung

Insbesondere kennt die Reichsregierung ihre Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeitslosen im Winter nicht zu hungern brauchen. So wird die Fleischerbilligungsaktion wieder in Gang gesetzt werden.

## Erholung und Aufstieg

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers

Köln, 28. September.

Bei der Feier der Einweihung des Neubaus der Industrie- und Handelskammer hielt Reichswirtschaftsminister Barthold eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Wir stehen hier ein Gebäude ein, welches der Werte und der Interessensvertretung von Industrie, Handel und Verkehr ein Heim bieten soll. Diese Wirtschaftszweige erfüllen innerhalb der Volkswirtschaft wichtige Funktionen. Ihre Verbundenheit mit dem Gange der Wirtschaft zwingt dazu, sie funktionsfähig zu erhalten. Diese Aufgabe fällt dem Staate zu.

Der Staat ist verpflichtet, jede Maßnahme nicht nur auf ihre Wirkung auf den einzelnen, sondern auf ihre Wirkung auf die Gesamtheit zu prüfen.

Die Rücksicht auf das Ganze und der Gesamterfolg sind uns so einfacher, je weniger entwickelt die Wirtschaft eines Landes ist. Das zeigen die Verhältnisse der Agrarländer. Weit schwieriger werden alle staatlichen Aufgaben, nachdem sich die Entwicklung vom Agrar- zum Industrieerland vollzogen hat. Kommt Rohstoffarmut und Uebererzeugung hinzu, so ergibt sich daraus eine so enge Verflechtung mit dem Weltmarkt, und der Güterverkehr mit dem Auslande muß einen so bedeutenden Umfang annehmen, daß die Wirtschaft des Landes ohne Berücksichtigung dieser Interessen nicht beurteilt werden darf.

### In dieser Lage ist Deutschland.

Es ist unmöglich, in einem so dichtbesiedelten Lande ohne hinreichende eigene Produktionsquellen allen Menschen Arbeit und Wohl zu geben und alle Staatsbürger zu ernähren, wenn man sich ausschließlich auf die Stoffquellen des eigenen Landes einstellen veruchen würde.

Da die gesamte Bevölkerung nicht im Dienste des eigenen Landes beschäftigt werden kann, muß die Arbeitsgelegenheit durch Leistungen für das Ausland vermehrt werden.

Die Freiheit, zu wählen zwischen Selbstgenügsamkeit und Verflechtung in die Weltwirtschaft haben wir bereits vor 50 Jahren aufgegeben. Die Wirtschaftspolitik hat sich bereits damals entwickelt, den Bevölkerungserwerb, der für das Land nicht beschäftigt werden konnte, nach im Inlande zu behalten, aber für das Ausland arbeiten zu lassen.

Die jetzige eingetretene Entwicklung kann nicht ohne große Schäden rückgängig gemacht werden. Ein Bruch mit den großen Öknen der seit jenen Zeiten betriebenen Wirtschaftspolitik würde nichts anderes als eine weitere Vermehrung und eine Vermehrung der großen Arbeitslosigkeit bedeuten.

Ein Rückzug aus den weltwirtschaftlichen Verflechtungen wäre unmöglich ohne eine in ihrem Ausmaß nicht zu überlebende Konvertierung der Kapitalien der deutschen Wirtschaft. Diese Kapitalien sind aber letzten Endes der Gegenwart für die Erparnisse der breiten Masse der Bevölkerung. Sie würde daher letzten Endes die Verluste zu tragen haben. Wir haben in dieser Krise nichts Besseres erkannt als die innere gegenseitige Abhängigkeit aller Wirtschaftszweige untereinander.

Unser Ziel muß es sein, die höchste Ausnutzung des Bodens und die Sicherung der in ihm investierten Kapitalien mit der Erhaltung der industriellen Arbeitsstätten und mit der Hilfe des Handels und Verkehrs zu verbinden.

Dieses Ziel kann aber nur durch die Struktur unserer Wirtschaft erreicht werden, wenn wir auch den Güterauskauf mit dem Auslande pfleglich behandeln.